

**ENGAGEMENT  
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



**SERVICESTELLE**

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

**MATERIAL**



**KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN  
AFRIKA**

**Erste bundesweite  
Konferenz  
„Kommunale Partner-  
schaften mit Afrika“  
in Ludwigsburg 2010**

**Dokumentation**

Im Auftrag des

**BMZ**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**Nr.45**

# Impressum:

## Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Telefon +49 228 20 717-0  
Telefax +49 228 20 717-150  
info@engagement-global.de  
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
info@service-eine-welt.de  
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 45  
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Text: medienbüro eco, Köln - Stefan Kreuzberger  
Redaktion: Dr. Stefan Wilhelmy, Stefan Kreuzberger  
Fotos: Dominik Schmitz (S. 3-20, 23, 24, 26-33 oben, 38-47, 50 Mitte & unten),  
Stefan Kreuzberger (S. 22, 25, 33 unten, 34-37, 49, 50 oben, 55)

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter  
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co. KG  
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, Juni 2011, unveränderter Nachdruck 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

*Erste bundesweite Konferenz  
"Kommunale Partnerschaften mit Afrika"  
in Ludwigsburg 2010*

*Dokumentation*





## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Programm	8
Zusammenfassung	9
<b>1. Begrüßungen</b>	<b>11</b>
- Konrad Seigfried, Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg	11
- Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	13
<b>2. Eröffnungsreden</b>	<b>15</b>
- Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15
- Oscar Sawadogo, Leiter der Organisation Zood Nooma, Burkina Faso	19
<b>3. Thementische</b>	<b>21</b>
Protokoll Thementisch 6	22
<b>4. Dezentralisierung aus Perspektive der Partnerländer</b>	<b>25</b>
Chabi Nansounon, gtz Benin	
<b>5. Plenumsdiskussion: Dezentralisierungsprozesse in Afrika und ihre Auswirkungen auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>29</b>
<b>6. Arbeitsgruppen</b>	<b>35</b>
<b>7. Podiumsdiskussion: Partnerschaftliche Beziehungen der Bundesländer als Rahmen für Kommunalbeziehungen</b>	<b>41</b>
<b>8. Abschlussrede: Künftige Herausforderungen für die deutsch-afrikanischen Partnerschaften</b>	<b>47</b>
Christine Nkulikiyinka, Botschafterin der Republik Ruanda	
Anhang:	53
Teilnehmerliste, Presseschau, Publikationsliste	



## **Liebe Leserinnen und Leser,**

die Kommunen des Nordens nehmen die Auswirkungen der globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen verstärkt wahr. Sie reagieren darauf mit zunehmender internationaler Vernetzung und einer Neubestimmung kommunaler Entwicklungspolitik. Diese wird nicht mehr nur als karitative Hilfe für Partner im Süden angesehen, sondern als Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung verstanden. Gleichzeitig findet ein tiefgreifender Strukturwandel der Kommunen in den Partnerländern statt. Er wird durch vielfältige Urbanisierungs-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse angetrieben. Die Partner im Norden müssen sich auf neue Ansprechpartner, politische Strukturen und Bedarfe einstellen. Neben Bund und Ländern nehmen die Kommunen dabei eine verantwortungsvolle Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein.

Eines der wertvollsten Charakteristika Kommunaler Entwicklungspolitik ist ihre Bürgernähe. Dazu kommt die Möglichkeit, vor allem durch kommunale Partnerschaften längerfristige vertrauensvolle Beziehungen zwischen Menschen der Partnerkommunen herzustellen. Sie können dabei gegenseitig von ihrem Wissen profitieren und auf beiden Seiten selbst Neues lernen. Denn die Herausforderungen des städtischen Managements sind oftmals dieselben: Stadtentwicklungsplanung, Umweltmanagement und Abfallentsorgung, Verkehr, Wasserversorgung und Abwasser, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsaufbau und kommunale Selbstverwaltung. Dabei ist es wichtig, dass die Kommunen staatliche und nicht-staatliche Entwicklungsorganisationen und die unterschiedlichen lokalen Gruppen einbeziehen und so auch deren Potenziale für die Entwicklungspartnerschaften erschließen.

Die in dieser Form bislang einzigartige Konferenz zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika bot ein bundesweites Forum für den Erfahrungsaustausch kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure und förderte die Vernetzung sowohl zwischen als auch innerhalb der Kommunen und den jeweiligen Partnerschaftsvereinen. Fachbeiträge zu übergreifenden Themen wie Dezentralisierung, Klimawandel und guter Regierungsführung zeigten die Veränderungen der Rahmenbedingungen für kommunales Handeln auf und machten die Berührungspunkte zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Programmatik deutlich. Die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich über innovative Instrumente und Themen kommunaler Partnerschaften wie kommunale Dreieckspartnerschaften, Entsendung von Kommunalexperten und Klimapartnerschaften informieren. Ebenso über das Handlungsfeld der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und die Bedeutung interkultureller Kompetenz. Eine besondere Rolle kam auch dem Thema Migration und Entwicklung und der Zusammenarbeit mit lokaler Diaspora in den deutschen Kommunen zu.

Die Konferenz verfolgte, neben der fachlichen Qualifizierung und Vernetzung der kommunalen Akteure, zwei weitere Ziele: Das vielfach ehrenamtliche Engagement in den Kommunen durch eine geeignete Konferenzgestaltung anzuerkennen und zu fördern und die Sichtbarkeit kommunaler Partnerschaften innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.

Mit dieser Dokumentation geben wir einen Überblick zu den gehaltenen Reden, Diskussionen und zu den Ergebnissen der Thementische und Arbeitsgruppen.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen Ihre



(Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)

## Programm zur Konferenz "Kommunale Partnerschaften mit Afrika"

<p><b>Donnerstag, 18.11.2010, Schloss</b></p> <p>15:00 Optionale Schlossführung  16:00 Anreise, Registrierung, Kaffee  17:00 <b>Begrüßung</b>  BÜRGERMEISTER KONRAD SEIGFRIED, Stadt Ludwigsburg und ANITA REDDY, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  17:15 Klangcollage  17:30 <b>Eröffnungsrede</b>  DR. CHRISTIANE BÖGEMANN-HAGEDORN, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  18:00 Kommunale Partnerschaften aus afrikanischer Perspektive  OSCAR SAWADOGO, Leiter der Organisation Zood Nooma, Kongoussi, Burkina Faso  18:45 Ausblick auf die nächsten Konferenztage bis 20:00 Stadtrundgang, CHRISTINE SÜß  ab 20:00 Abendessen im Schloss Ludwigsburg</p>	<p><b>Freitag, 19.11.2010, Kulturzentrum</b></p> <p>ab 8:30 Eintreffen, Kaffee  9:00 <b>Thementische</b>  11:00 Kaffeepause  11:30 <b>Dezentralisierung aus Perspektive der Partnerländer</b>  CHABI NANSOUNON, gtz Benin  12:15 Mittagspause  13:45 <b>Dezentralisierungsprozess in Afrika und seine Auswirkung auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit.</b> Plenumsdiskussion mit  CHABI NANSOUNON, gtz Benin;  OSCAR SAWADOGO, Burkina Faso;  JAMELEDDINE BATTI, Oberbürgermeister von Menzel Bourguiba, Tunesien;  GERHARD LAUTH, CIM;  Moderation: THOMAS MÖSCH, Deutsche Welle  15:45 Kaffeepause  16:30 <b>parallele Arbeitsgruppen</b>  19:00 <b>Empfang der Stadt Ludwigsburg</b>  danach Abendessen im Restaurant, Ländertische nach Partnerländern</p>
<p><b>Samstag, 20.11.2010, Kulturzentrum</b></p> <p>ab 8:30 Eintreffen, Kaffee  9:00 Rückblick  10:00 <b>Partnerschaftliche Beziehungen der Bundesländer als Rahmen für Kommunalbeziehungen.</b> Podiumsdiskussion mit  HANS-CHRISTOPH BOPPEL, Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen  UWE MAYER, Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz - Ruanda e. V.  JÜRGEN OSWALD, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg  KLAUS WEINGÄRTNER, Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg  GERHARD LAUTH, CIM  Moderation: SABINE DREES, Deutscher Städtetag  11:00 Kaffeepause  11:30 <b>Künftige Herausforderungen für die deutsch-afrikanischen Partnerschaften</b>  CHRISTINE NKULIKIYINKA, Botschafterin der Republik Ruanda  12:00 <b>Ausblick und Verabschiedung</b>  Improvisationstheater  13:00 Mittagessen</p>	<p>Eine Veranstaltung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg. Diese Veranstaltung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und unterstützt durch:</p> 

## Zusammenfassung

### Partnerschaften mit Afrika stecken voller Energie

*Auf der ersten bundesweiten Konferenz zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika standen die Themen Klimawandel, Dezentralisierung, Migration und Finanzen ganz oben auf der Tagesordnung.*

Drei Tage lang tauschten sich 130 Vertreter und Vertreterinnen aus Partnerschaftsvereinen und Stadt- und Gemeindeverwaltungen über ihre Erfahrungen in der konkreten Zusammenarbeit von deutschen und afrikanischen Kommunen aus. Das Interesse war groß und die Diskussionen voller Elan. Kommunale Partnerschaften mit 17 afrikanischen Ländern waren vertreten.

Gäste aus Afrika, wie beispielsweise Oscar Sawadogo aus Burkina Faso, Chabi Nansounon aus Benin und Jameleddine Batti aus Tunesien erläuterten jeweils, wie wichtig der Dezentralisierungsprozess für die Demokratie in ihren Ländern ist und bezeichneten kommunale Partnerschaften und den Austausch mit Experten in Europa als herausragende Bausteine einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit.

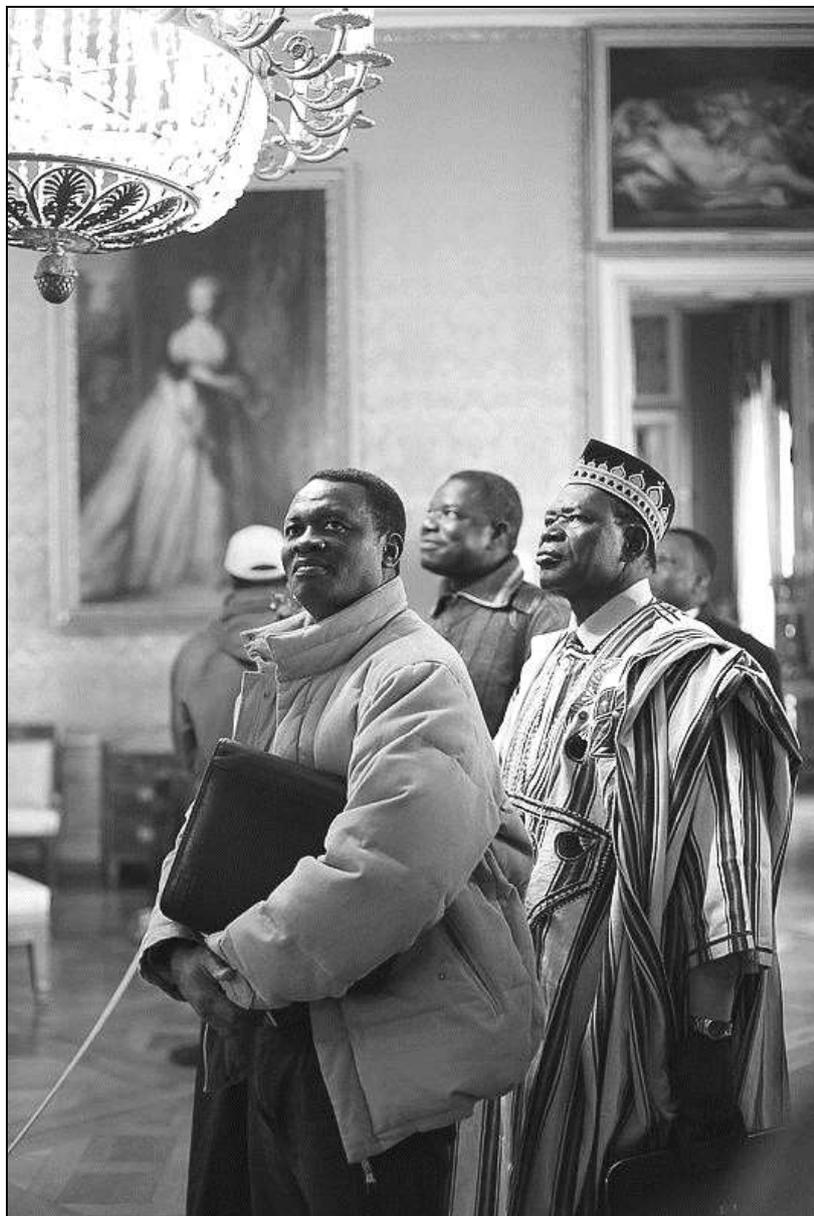
Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betonte die eigenständige Bedeutung des kommunalen Engagements in der internationalen Zusammenarbeit neben dem Wirken des Bundes und der Länder. Sie hob besonders das gute Beispiel der kommunalen Dreieckspartnerschaften zwischen Deutschland, Frankreich und Burkina Faso hervor.

Vertreter der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg boten ihre partnerschaftlichen Beziehungen auf Länderebene als Rahmen für Kommunalbeziehungen an und versprachen auch weitere finanzielle Förderungen. Die jahrzehntelange gute Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und ihrem Land würdigte die Botschafterin von Ruanda, Christine Nkulikiyinka, in ihrer Rede.

An sieben Thementischen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem Fragen, wie die Städte in Afrika auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren könnten, die Möglichkeiten spezieller Klimapartnerschaften sowie die Einbeziehung der afrikanischen Diaspora in die Partnerschaftsarbeit.

Im Mittelpunkt der Diskussion in fünf Arbeitsgruppen am Folgetag standen Fragen nach dem medialen Bild von Afrika, der Überlastung beim größtenteils ehrenamtlichen Engagement, zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und nach den Besonderheiten der Partnerschaftsarbeit in deutschen Großstädten sowie kleinen und mittelgroßen Kommunen.

Die zahlreichen Anregungen und der offene Erfahrungsaustausch gefielen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ausgesprochen gut. Der Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften mit Afrika ist mit dieser Konferenz ein gutes Stück voran gekommen.



## 1. Begrüßungen am 18.11.2010, Schloss Ludwigsburg

### Konrad Seigfried, Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg



Sehr geehrte Damen und Herren,

Menschen aus 97 Ländern leben heute in Ludwigsburg. Auch der Bundespräsident Horst Köhler ist in Ludwigsburg aufgewachsen und hat sich in ganz besonderer Weise Afrika zugewandt. Durch seine „Partnerschaft mit Afrika“ hat er wichtige Impulse in Deutschland gesetzt.

Wir Ludwigsburger widmen uns seit einiger Zeit in besonderer Weise dem Kontinent Afrika. Initiiert durch unseren Integrationsbeauftragten Saliou Gueye, der aus dem Senegal kommt, feiern wir jedes Jahr mit unserer afrikanischen Bevölkerung und vielen Gästen einen Afrikatag. Die Menschen aus Afrika, die bei uns leben und die Vielfalt unserer Stadt bereichern, bringen sich längst in unsere Gesellschaft ein ohne ihre Wurzeln dabei zu vergessen und leisten zu diesem Event ihren besondern Beitrag.

Darüber hinaus spiegelt dieser Tag unsere kommunale Partnerschaft mit der Stadt Kongoussi in Burkina Faso gut wider, die wir gemeinsam mit unserer lang-

jährigen Partnerstadt Montbeliard in Frankreich gestalten und die Ausdruck unseres Verständnisses nachhaltiger Entwicklung ist.

Ludwigsburg wird zu recht mit nachhaltiger Stadtentwicklung beschrieben. Dazu gehört nicht nur ein integriertes und nachhaltiges Stadtkonzept nach innen, sondern auch das Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung, die über die Grenzen des Kommunalen hinauswächst.

Unsere Verantwortung für das Klima, unsere Verantwortung für gerechtes Wirtschaften (wir sind bereits eine Fair-Trade Stadt) und unsere Verantwortung für die Eine Welt, das Schicksal der Menschen in anderen Erdteilen und eben ganz besonders in Afrika, finden in unserer Partnerschaft mit Kongoussi ihren Ausdruck.

Überall leben Menschen in Gemeinschaften, in Dörfern und Städten. In unserer globalisierten Welt müssen sie sich unmittelbar begegnen und zusammenarbeiten. Dieser Chance sollten sich viele Städte, viele Kommunen annehmen und sie nutzen. Wir haben sie in Ludwigsburg wahrgenommen. Ich freue mich, mit dieser Konferenz unser Ludwigsburger Engagement unterstreichen zu können und gleichzeitig Gastgeber dieser von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt organisierten wichtigen Konferenz zu sein.

**Ich freue mich ebenfalls Gäste aus nah und fern begrüßen zu dürfen und heiße alle Teilnehmer herzlich in Ludwigsburg Willkommen!**



Oscar Sawadogo überreicht Oberbürgermeister Werner Spec ein Andenken

## Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich möchte sie herzlich im Namen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt auf der Konferenz 'Kommunale Partnerschaften mit Afrika' begrüßen.

Dies ist die erste Konferenz der Servicestelle zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika. Weitere Konferenzen zu Lateinamerika und Asien sollen demnächst folgen.

Wir widmen uns den Partnerschaften mit Afrika, da dieser Kontinent im besonderen Fokus der kommunalen Entwicklungspolitik steht. Das sieht man auch daran, dass die größte Zahl der deutschen Städte- und Projektpartnerschaften mit afrikanischen Ländern besteht. Die heute anwesenden deutschen Städte haben in 17 afrikanischen Ländern Partnerschaften.

Im Sommer blickte die Welt nach Afrika. Als Gastgeberkontinent der Fußballweltmeisterschaft wurde ein neues Bewusstsein der Öffentlichkeit zu Afrika geschaf-

fen. Lassen Sie uns dieses Interesse nutzen und ausbauen.

Diese Konferenz schließt auch an das vom BMZ finanzierte Modellprojekt Kommunale Dreieckspartnerschaften an, das über drei Jahre Kooperationen zwischen deutschen, französischen und Städten aus Burkina Faso durch die Servicestelle unterstützt hat.

Ich freue mich, dass diese Konferenz als Fortsetzung und Erweiterung dieses Projekts sehr gut angenommen wurde, denn von allen acht Modellkommunen sind heute Teilnehmerinnen anwesend, nicht zuletzt unsere Gastgeberin, die Stadt Ludwigsburg.

Wir möchten ihnen hiermit ein bundesweit einzigartiges Forum für den Transfer von Wissen und Erfahrungen und guten Beispielen zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bieten. Die Konferenz soll eine Plattform für den Dialog und die Vernetzung zwischen verschiedenen Kommunalpartnerschaften darstellen, aber auch zwischen Kommunalvertreterinnen, Partnerschaften und Vereinen, deren Potenzial bezüglich der Ausgestaltung der Städtepartnerschaften von großer Bedeutung ist.

Ein weiteres Ziel der Konferenz ist es, die Sichtbarkeit kommunaler Partnerschaften innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen und ehrenamtliches Engagement anzuerkennen und zu fördern. Ein Aspekt kommunaler Partnerschaften ist die Breite der Themen und Aufgaben, denen sie sich stellen muss. Entsprechend weitgefächert und dicht ist das Programm, das uns in diesen Tagen erwartet. Wir blicken sowohl auf das Engagement der Städte und Gemeinden in Deutschland, als auch auf die Herausforderungen und Erfahrungen afrikanischer Partner und ihre Zusammenarbeit.

Wir haben die Gelegenheit, afrikanische Akteure, Vertreter und Vertreterinnen von Bun-

desländern, Kommunen und Zivilgesellschaft zu hören. Dabei werden folgende Fragestellungen untersucht und beantwortet werden: Welcher Situation stellen sich Partnerschaften im In- und Ausland? Welche Veränderungen sind zu meistern? Wie kann wirkungsvoll und bürgernah reagiert werden? Welche Rahmenbedingungen braucht das Engagement? Welche Erfahrungen, welche Instrumente sind besonders hilfreich? Wie beschäftigen sich Bürger mit lokalen Herausforderungen wie Migration und Klimawandel oder Fragen kommunaler Selbstverwaltung? Wie kann dies finanziert werden?

Ich möchte hiermit noch einmal die Wichtigkeit ihres Engagements hervorheben und betonen, dass ohne dieses Engagement kommunale Partnerschaften nicht realisierbar wären. Die Konferenz wird Ihnen eine Fülle von Informationen bieten, die Ihnen sicherlich als Inspiration für Ihr vielfältiges Engagement dienen können.

**Herzlich Willkommen und vielen Dank!**



## 2. Eröffnungsreden



### **Dr. Christiane Bögemann-Hagedorn, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Seigfried,  
liebe Frau Reddy,  
sehr geehrter Herr Sawadogo,  
liebe Gäste hier in Ludwigsburg,

ich überbringe Ihnen herzliche Grüße von Bundesminister Niebel und freue mich, dass ich heute Abend bei Ihnen sein kann.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist schon lange im Bereich der kommunalen Zusammenarbeit engagiert. Die Tatsache, dass die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vor fast zehn Jahren gegründet werden konnte und vom Ministerium weiterhin finanziert wird, zeigt deutlich unser Engagement.

Das BMZ sieht Kommunen als wichtige strategische Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir erkennen ihre besonderen entwicklungspolitischen Potenziale und Verantwortlichkeiten an – in Deutschland wie im Ausland.

In Deutschland besitzen Kommunen wegen ihrer großen Bürgernähe entscheidenden Handlungsspielraum, um Entwicklungspolitik lokal verständlich und erfahrbar zu machen. Sie können das Bewusstsein der Bürger für globale Zusammenhänge fördern und Unterstützung für nachhaltiges Handeln einwerben. Die Kommunen sind hervorragende Partner, um Entwicklungspolitik sichtbarer zu machen und sie mehr in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Gleichzeitig hat kommunales Handeln auch entwicklungspolitische Auswirkungen. Kommunen tragen Verantwortung und haben Vorbildfunktion.

In der Auslandsarbeit haben Kommunen großes Potenzial beim Aufbau langfristiger partnerschaftlicher Beziehungen zu Kommunen in Entwicklungsländern. Viele Beispiele zeigen, dass sie dort auf gleicher Augenhöhe Veränderungsprozesse begleiten und im Rahmen kleinerer Entwicklungsprojekte Erfahrungs-, Wissens- und Kulturaustausch fördern. Dabei können sie, z.B. beim Aufbau von kommunalen Verwaltungsstrukturen, ihr spezifisches Know-how einbringen.



Capacity Building ist ein entscheidender Schwerpunkt des BMZ. Aktive Städte- oder Projektpartnerschaften und kommunale Experten leisten einen willkommenen Beitrag zu dieser Wissensvermittlung auf Augenhöhe. Das BMZ unterstützt die neuen Ansätze in der kommunalen Entwicklungspolitik: Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit hat in seinem Beschluss vom Juni 2010 erstmals ein gemeinsames Verständnis von Rollen und Schwerpunkten der kommunalen Entwicklungspolitik entwickelt und ein Arbeitsprogramm aufgestellt, wie im Rahmen des politisch und rechtlich Machbaren mehr Kommunen zu entwicklungspolitischem Engagement ermutigt bzw. bestehendes Engagement gestärkt werden können. Auf der Grundlage dieses Beschlusses beschäftigt sich das BMZ intensiv damit, wie wir die Kommunen künftig besser in der Vielfalt ihres entwicklungspolitischen Engagements unterstützen können.

### **Kommunale Partnerschaften**

Das Selbstverständnis der Kommunen im Norden hat sich verändert, weil hier auch die Auswirkungen der globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen verstärkt wahrgenommen werden. Die Kommunen reagieren darauf mit zunehmender internationaler Vernetzung und einer Neubestimmung ihrer Entwicklungspolitik, die nicht mehr nur als solidarische Hilfe für Partnerkommunen im Süden, sondern auch im Sinne der Eigenverantwortung der Kommune als Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung verstanden wird. Dies trägt zudem zum internationalen Profil der Kommunen bei – ein Aspekt, der angesichts der wachsenden globalen Standortkonkurrenz zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Kommunale Partnerschaften können dabei eine zentrale Rolle spielen. Sie ermöglichen den Aufbau längerfristiger, vertrauensvoller Beziehungen zwischen Menschen. Die kommunalen Partner können dabei gegenseitig von ihrem Wissen profitieren und auf beiden Seiten Neues lernen. Beratungseinsätze in Kommunen bringen aber nicht nur fachlichen Zugewinn für beide Seiten. Durch gemeinsames Arbeiten entsteht auch ein tieferes Verständnis für den jeweils anderen; der Partner wird aus einer neuen Perspektive betrachtet.

In Südafrika, zum Beispiel, zeigen sich die Experten deutscher Kommunen, die die Austragungsorte der Fußballweltmeisterschaft 2010 beraten haben, tief beeindruckt von der Dynamik und der Zukunftsgewandtheit ihrer südafrikanischen Kollegen, die in gewissem Widerspruch zu manchem stehen, was wir hier in der Presse lesen konnten. Diese Zusammenarbeit soll jetzt fortgesetzt werden: Die Kommunalvertreter aus Deutschland und Südafrika, die in diesem Programm involviert waren, werden nun Brasilien bei der Weltmeisterschaft 2014 unterstützen und ihr gemeinsames Wissen und ihre Erfahrungen aus Südafrika weitergeben.

Kommunale Partnerschaften bieten auch für Schulen und Bürger viele Möglichkeiten. Von Schulen wird heute zunehmend eine Öffnung in ihren Stadtteil und ihren weiteren gesellschaftlichen Kontext erwartet. Das Thema Zuwanderung steht überall auf der Tagesordnung, Globalisierungsprozesse werden deutlicher spürbar und entwicklungspolitische Fragen haben längst Anknüpfungspunkte an die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler.



Internationales Engagement in Städten und Kommunen hat Anknüpfungspunkte für gesellschaftspolitische Herausforderungen, die sich Städten in Deutschland heute stellen, wie z.B. Fragen von Integration und Zuwanderung oder auch der interkulturellen Öffnung der kommunalen Verwaltung. Es steht also nicht nur als Zusatzarbeit und Luxus im leeren Raum, den man sich erlaubt, wenn die Ressourcen da sind, sondern ist von direktem Nutzen auch für die deutschen Kommunen.

### **Das Beispiel Burkina Faso**

Die Partnerkommunen in Entwicklungsländern sind vielfach gekennzeichnet durch einen tiefgreifenden Strukturwandel, durch Urbanisierungs-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse. In Burkina Faso arbeitet das BMZ mit der burkinischen Regierung eng zusammen zum Thema Dezentralisierung. Es gibt ein gemeinsames Dezentralisierungsprogramm, in dem es einerseits um Finanzierung von Infrastruktur geht, aber andererseits auch um Beratung im Dezentralisierungsprozess. Bei meinen Reisen nach Burkina Faso habe ich festgestellt, dass die Dezentralisierung einen ganz wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung leistet. Ich habe viele engagierte Bürgermeister getroffen, die eine „jumelage“, eine Partnerschaft mit französischen Kommunen hatten, einige auch mit deutschen. Es kam sehr stark der Wunsch zum Vorschein, dass deutsche Partner vermehrt einbezogen sein sollten.

Diese Bürgermeister kämpfen sehr stark für ihre neue Rolle. Schwierig ist für sie, dass Dezentralisierung mehr Verantwortung bedeutet, andererseits aber die Finanzierung durch den Zentralstaat für viele Dienstleistungen, die die Kommunen jetzt übernehmen sollen, fehlt. Hier gibt es noch viele Herausforderungen. Deutsche Kommunen können an dieser Stelle durch ihre Erfahrungen gerade im Rahmen von Partnerschaften einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung in den Partnerkommunen leisten.

### **Bürgerschaftliches Engagement**

Es ist wichtig, dass die Kommunen staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen und die unterschiedlichen lokalen Gruppen einbeziehen und so auch deren Potenziale für die Entwicklungspartnerschaften erschließen. Durch ihre Bürgernähe sind die Kommunen zudem prädestiniert dafür, die Bürger „mitzunehmen“ und so Politik erfahrbar und greifbar zu machen. Das ist wichtig, um Politik zu legitimieren und um das entwicklungspolitische Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Partnerschaftsvereine bieten einen Rahmen für bürgerschaftliches Engagement. Sie bieten Raum für konkreten Einsatz für ganz konkrete Menschen. Die zwischenmenschliche Ebene und die Möglichkeit, Ergebnisse und Sinn des eigenen Einsatzes zu sehen, motivieren häufig mehr als abstrakte Ziele.

Mehr Engagement für Entwicklungszusammenarbeit – das hat sich die neue Leitung des

BMZ auf die Fahnen geschrieben. Wir sind überzeugt, dass erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit nicht allein von staatlichen Stellen ausgehen kann. Wir brauchen Unterstützung und das Engagement vieler. Die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft sind dabei geschätzte Partner.

Das Ehrenamt übernimmt hier eine wichtige Funktion und die Zahlen für Deutschland sind erstaunlich: Über ein Drittel (36%) der Bundesbürgerinnen und -bürger engagiert sich ehrenamtlich – in Vereinen, Stiftungen und Bürgerinitiativen. Bei jungen Menschen bis 24 ist es sogar die Hälfte. Wir sind eine Nation mit vielen engagierten Menschen. Dieses Potenzial wollen wir auch stärker im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ausbauen.

Der Entwicklungstheoretiker Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) sagte neulich in einem Vortrag, dass Globalisierung nur dann für uns lebendig und gestaltbar wird, wenn wir eine „Wir-Identität“ entwickeln. Diese lässt sich aber nicht aus Büchern lernen, sondern entsteht nur in sozialen Netzwerken. Hier wird soziale Kompetenz fassbar. Es kommt daher darauf an, Netzwerke und Kontakte international bzw. transnational zu gestalten.

### **Förderung von Partnerschaften**

Städtepartnerschaften mit Frankreich, England oder anderen Industrieländern sind heute selbstverständlich. Die Zusammenarbeit mit Kommunen in Entwicklungsländern muss dagegen noch wachsen.

Diese Konferenz ist ein bundesweit einzigartiges Forum für den Erfahrungsaustausch kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure. Sie fördert die Vernetzung sowohl zwischen verschiedenen Kommunalpartnerschaften, als auch zwischen Kommunalvertreterinnen und -vertretern und den jeweiligen Partnerschaftsvereinen. Die Konferenz soll die Sichtbarkeit kommunaler Partnerschaften in Deutschland erhöhen und somit zur Nachahmung anregen.

Bundesminister Niebel will künftig systematischer mit Kommunen zusammenarbeiten und sie in der Vielfalt ihres entwicklungspolitischen Engagements noch besser unterstützen. Die Reform der Vorfeldorganisationen des BMZ trägt diesem Gedanken Rechnung: Wir werden eine neue Servicestelle einrichten, in die die bestehende Servicestelle Kommunen in der Einen Welt integriert und damit gestärkt werden wird. Damit schaffen wir eine starke Anlaufstelle, die bürgerschaftliches und kommunales Engagement bündelt. Diese Stelle wird als zentraler Ansprechpartner auch die Kommunen in ihrem Engagement im In- und Ausland stärken und die Sichtbarkeit ihrer Aktivitäten steigern.

Ich wünsche Ihnen eine gute Konferenz, einen guten Austausch und viele Ideen zur Stärkung des kommunalen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit.

**Herzlichen Dank!**



### **Oscar Sawadogo, Leiter der Organisation Zood Nooma, Kongoussi - Burkina Faso**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Thema zeigt, wie wichtig es ist, eine gemeinsame Perspektive der kommunalen Partnerschaften mit Afrika zu entwickeln – mit den europäischen Ländern und insbesondere mit Deutschland.

Ich hoffe daher auf eine ergebnisreiche Arbeit, die die Dynamik und die bereits vorhandene Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern noch verstärken wird und uns zu guten Ergebnissen kommen lässt.

Ich begrüße und beglückwünsche alle Teilnehmer und Organisatoren für ihre vielfältigen Beiträge. Nur eine offene und enge Abstimmung mit den Afrikanern in einem Austauschforum dieser Art, das kommunale Akteure wie die Zivilgesellschaft, die öffentliche Hand mit allen Ländern der Welt vereint – nur ein solches Forum ermöglicht es, einen positiven und klaren Inhalt der europäischen und afrikanischen Institutionen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene darzulegen – im Hinblick auf ein umfassendes Verständnis der kommunalen Partnerschaft in Afrika.

Meine Sicht des Themas bedeutet, die Zusammenarbeit, die Akzeptanz der Partner in die Logik der Entwicklung aufzunehmen. Das Streben nach Dezentralisierung, welches einen Kompetenztransfer auf regionale oder lokale Organisationen bedeutet, bewirkt, dass diese freier ihr soziales und wirtschaftlich unabhängiges Leben leiten und verwalten können.

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen, die viele afrikanische Länder gemacht haben – auch solche, die noch weiter sind in ihrer Entwicklung als Burkina Faso – bedeutet kommunale Partnerschaft und Demokratisierung als einen Prozess zu sehen, der jeden Tag neu erobert und verteidigt werden muss – gegen den Versuch der Zentralisierung.

In Burkina Faso ist der Prozess der Dezentralisierung angestoßen worden, selbst wenn er

noch in einem Versuchsstadium ist. Es zeigt sich ein vorsichtiger Ansatz, der in europäischen Ländern beobachtet und unterstützt wird. Dabei werden die Ziele der kommunalen Partnerschaft gewahrt und geachtet.

Meiner Meinung nach sind die folgenden Ziele einer kommunalen Partnerschaft unabdingbar: Lokale Regierungsführung; verantwortlicher Umgang mit lokalem Erbe durch Grundgemeinschaften, die natürlichen kulturellen Potentiale schützen und aufwerten; Infrastruktur und einen Lebensrahmen schaffen, der die nachhaltige menschliche Entwicklung fördert; die kulturelle Identität jedes Volkes achten; sowie natürliche und kulturelle Potenziale stützen und aufwerten.

Die interkommunale Solidarität ist notwendig, um die lokalen Bevölkerungen zwischen Kommunen einer Region gegenseitig näher zu bringen. Darüber hinaus ist es wichtig, um das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Kommunen wieder herzustellen, die Interessen von Kommunen zu verteidigen und den Austausch zu fördern.



Die kommunalen Partnerschaften ermöglichen die Kooperation zwischen den südlichen Ländern untereinander. Das hilft, die afrikanische Integration zu fördern, die Städte zu stützen und eine interafrikanische Solidarität zu fördern, die einen Garant für Frieden und Stabilität in den Staaten, Entwicklung von Tourismus und kulturellem Austausch unserer Staaten, sowie eine bessere Kenntnis der afrikanischen Völker untereinander darstellt.

Entwicklung kann als Basis der Stärkung der Freiheit der Bürger im Verhältnis zum Staat, der lokalen Demokratie, der freien Zusammenarbeit, Freizügigkeit der Personen und Dienstleistungen in den Städten angesehen werden.

Angesichts einer solchen afrikanischen Sicht der Kernfragen, stellt sich die Frage: Was sind die Perspektiven? Ich möchte ihnen daher eine humane und nachhaltige Sicht der kommunalen Partnerschaft geben: Eine besondere Wichtigkeit schreiben wir der Achtung der Kultur und Werte jeden Volkes zu. Wir achten die Grundsatzvereinbarung zwischen Kommunen des Nordens und des Südens und der Verstärkung der kommunalen Partnerschaften durch konkrete Maßnahmen nachhaltiger Entwicklung. Es ist von großer Bedeutung, die lokalen Gebietskörperschaften zu stärken, basierend auf den Prinzipien der Dezentralisierung. Der Staat muss sich mehr zurückziehen und mehr Flexibilität zeigen, um der Zivilgesellschaft eine Möglichkeit zu geben, sich selbst zu tragen.

**Ich möchte mich herzlich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Konferenz für ihre Aufmerksamkeit bedanken!**

### 3. Parallele Thementische am 19.11.2010, Kulturzentrum



Mit den Thementischen bot sich den Konferenzteilnehmern ein informelles und interaktives Format zum Informationsaustausch: Kurze Inputs, dann Diskussion unter allen als Experten. Nach 30 Minuten konnten die Tische für eine zweite Runde gewechselt werden.

#### **1. Afrikanische Diaspora und Kommunale Partnerschaften**

SALIOU GUEYE/Stadt Ludwigsburg

#### **2. Entsendung von Kommunalexpernten**

SABINE DREES/Deutscher Städtetag und PAMINA HAUSSECKER/SKEW

#### **3. Kommunale Dreieckspartnerschaften**

OBERBÜRGERMEISTER WERNER SPEC und CHRISTINE SÜß/Stadt Ludwigsburg

#### **4. Finanzierungsmöglichkeiten für entwicklungspolitische Inlandsarbeit von Partnerschaftsvereinen**

ANNA DURST/InWEnt

#### **5. Finanzierungsmöglichkeiten für Partnerschaftsprojekte**

ANKE VALENTIN/Wissenschaftsladen Bonn, KATJA BURRE/SEZ und REINHARD JENKE/Bengo

#### **6. How to get started – Aufbau neuer Partnerschaften**

CHRISTOPHER BLUM/Stadt Tübingen, BÜRGERMEISTERIN GISELA STANG/Stadt Hofheim am Taunus und DR. STEFAN WILHELMY/SKEW

#### **7. Kommunale Klimapartnerschaften**

DR. KLAUS REUTER/Landesarbeitsgemeinschaft

## Nachfolgend Auszüge zur ersten Diskussionsrunde des Thementisches 6:

### How to get started – Aufbau neuer Partnerschaften

*Gisela Stang*, Bürgermeisterin der Stadt Hofheim am Taunus, beschreibt die Zusammenarbeit ihrer Stadt mit Burkina Faso. Sie bedauert, dass das Land Hessen in der Unterstützung von Projekten sehr zurückhaltend ist.



*Stefan Wilhelmy* von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) berichtet, dass die Servicestelle häufig Anfragen aus afrikanischen Kommunen erreichen, die deutsche Partner finden wollen. Es gestaltet sich aber schwierig, wenn kein Aufhänger vorhanden ist. „Einfach beim Oberbürgermeister oder bei der Verwaltung anrufen und zu sagen ‚Ich hab hier eine Partnerkommune für Ihre Stadt‘, das funktioniert in der Regel nicht“, sagt *Wilhelmy*. Deshalb empfiehlt er, an bestehende Partnerschaften mit anderen Ländern oder aber Vereinen oder Schulen anzuknüpfen. Einfacher ist es auch, wenn die Initiative von deutscher Seite ausgeht und der Oberbürgermeister offiziell Interesse an Partnerschaften bekundet. Auf die Frage, wie deutsche und afrikanische Kommunen miteinander in Kontakt treten können, antwortet *Wilhelmy*, dass es mehrere Möglichkeiten zur Informationsfindung gibt: Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas betreibt eine zentrale Datenbank, in die sich interessierte Partner aus dem Süden mit einem kurzen Profil eintragen können.

Außerdem können sich Interessierte an die Servicestelle wenden. „Es ist in der Regel nicht so, dass sich gleich jemand meldet. Man muss eher gezielt danach schauen, welche Kommune interessant sein könnte“, so *Wilhelmy*. Es gibt über 12.000 Kommunen in Deutschland, 230 bis 250 haben Partnerschaften mit Entwicklungsländern, 60 bis 70 davon mit afrikanischen Ländern.

*Gisela Stang* fügt hinzu, dass nach wie vor die Vorstellung bestehe, dass Kommunen nichts mit Außenpolitik zu tun hätten. Entwicklungspolitik sei ein Teil der Außenpolitik – das solle den Experten vom Auswärtigen Amt oder der GTZ überlassen werden. Der kommunale Ansatz sei daher noch nicht wirklich angekommen. „Ich glaube, die Kommunen brauchen mehr Selbstbewusstsein, um zu sagen: Wir machen etwas ganz anderes, unsere Art der Verbindung ist eine ganz andere“, sagt Frau *Stang*. *Stefan Wilhelmy* unterstützt diese Aussage und fügt hinzu, dass die Servicestelle daran arbeitet, die Kommunalverbände insgesamt mehr dafür zu begeistern, ihre Kommunen stärker in diese Richtung zu bringen. „Es ist ein wichtiger Aspekt von Globalisierung, dass sich auch die Kommunen stärker global engagieren“, so *Wilhelmy*.

*Christopher Blum* beschreibt den Prozess der Stadt Tübingen auf der Suche nach einer Städtepartnerschaft in Afrika. Nachdem der Oberbürgermeister sich vom Gemeinderat den politischen Auftrag geholt hatte, wurde eine Kommission gebildet, die darüber entschei-

den sollte. Es wurden Gespräche mit u.a. der AIDS-Hilfe, kirchlichen Gruppen, den Botschaften, dem Auswärtigen Amt sowie Institutionen wie InWEnt geführt, aber auch mit Privatmenschen, die sich seit längerem in Afrika engagieren. „Auf diesem Weg haben wir erfahren, wie viele Menschen sich in Tübingen ehrenamtlich und professionell mit diesem Thema beschäftigt haben. Wir haben auf einmal nicht mehr nur Afrika gesehen, sondern eine Vielzahl an Städten, Ländern und Kulturen.“ Auf dieser Basis wurde die Liste mit den Vorschlägen in mehreren Sitzungen mit dem Gemeinderat diskutiert, so dass am Ende drei „Kandidaten“ übrig blieben: Buea in Kamerun, Mek'ele im Norden Äthiopiens und Moshi in Tansania. Die Entscheidung fiel für Moshi, weil in Tübingen bereits enge Kontakte dorthin bestanden. Der Gemeinderat hat dann der Stadtverwaltung politisch den Auftrag erteilt, offiziell Kontakte aufzunehmen. Anfang Juli 2010 war eine kleine Delegation für vier Tage vor Ort. Der Bereich Ökologie wird eine große Rolle spielen, ebenso medizinische Themen über Kontakte der Universität und des Paul-Lechler-Krankenhauses.

Auf die Frage, wie man Kommunen dafür gewinnen kann, solche Partnerschaften einzugehen, erwidert *Christopher Blum*, dass es ganz wichtig sei, dass das Chefsache ist. Bürgermeister und Gemeinderat müssen dahinterstehen. „Es bekommt gleich einen ganz anderen Stellenwert, wenn der Oberbürgermeister sagt: Ich hätte gerne eine Städtepartnerschaft und ich möchte, dass ihr mitmacht“, so *Blum*. Ein Defizit der heute offiziellen Partnerschaft zwischen Tübingen und Villa El Salvador in Peru sei ihre fehlende Verzahnung beim Start als Privatinitiative gewesen.

*Gisela Stang* spricht sich dagegen aus, dass die „Chefsache“ das wichtigste sei. Ihrer Meinung nach kann das Engagement sowohl von unten als auch von oben wachsen. Aber: „Die Verantwortlichen hier haben Angst um ihre Etats, weil sie nicht die Manpower und das Know-how haben, die Projekte vor Ort zu begleiten. Es wäre für die Städte viel leichter, wenn es eine Institution gäbe, die gebündelt unterstützt und begleitet.“



*„Es war ganz hervorragend, ich hab viel gelernt. Wenn ich zu Hause bin, werde ich die verschiedenen Mitschriften gründlich studieren. Ich habe erfahren, dass es sehr viel mehr Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten gibt, als wir in Hürth bislang wussten. Wir arbeiten und wurschteln so vor uns hin und können mit unseren bescheidenen Mitteln nur sehr wenig machen. Meine Briefftasche ist nun voll von Visitenkarten, was ich wunderbar finde. Ich hab mit verschiedenen Leuten vereinbart in Kontakt zu bleiben.“*

Dr. Manfred Faust, Stadtarchiv Hürth

## 4. Dezentralisierung aus Perspektive der Partnerländer

### **Chabi Nansounon, Regionalkoordinator des Decentralisation and Community Development Support Programm (PDDC) der gtz in Benin**



Herr Nansounon stellt das Thema Dezentralisierung aus Sicht der Partnerländer am Beispiel von Benin vor. Die neue Verfassung wurde im Dezember 1990 durch ein Referendum verabschiedet. Die Paragraphen 100 bis 153 legen die Grundlagen der Dezentralisierung als ein Verfassungsprinzip fest. Im Januar 1993 wurden die Prinzipien der Reform der Gebietsverwaltung formuliert und verabschiedet, insbesondere hinsichtlich der Dezentralisierung und der Dekonzentration.

Zehn Jahre später, im Dezember 2002 und Januar 2003, fanden die ersten kommunalen Gemeinderatswahlen statt – nach zehn Jahren der Vorbereitung und endlosen Diskussionen. Das Grundproblem war, dass die Entscheidungsträger Angst hatten, entmachtet zu werden und deswegen großen Widerstand leisteten. Letztlich war der Druck der internationalen Geldgeber und der Organisationen der Zivilgesellschaft notwendig, um die Wahlen wirklich durchzuführen. In diesen zehn Jahren wurde, so Nansounon, immerhin der gesetzliche Rahmen geschaffen, der für die Dezentralisierung notwendig war.

Außerdem wurde eine nationale Aufklärungskampagne über die Dezentralisierung und die damit verbundenen Herausforderungen organisiert. Im April und Mai 2008 fanden die zweiten Kommunal- und Gemeinderatswahlen statt. „In Benin ist die Dezentralisierung also erst acht Jahre alt, eine noch junge Dezentralisierung“, sagt Nansounon.

Nansounon erläutert, dass Dezentralisierung die Basisdemokratie fördern, eine gute lokale Verwaltung ermöglichen, die lokale Entwicklung voranbringen und die aktive Teilnahme der Bevölkerung stärken soll. Und dies durch Kompetenz- und Ressourcentransfers. Durch einen Fonds soll die Solidarität zwischen den Kommunen gefördert werden mit dem Ziel, eine ausgewogene Entwicklung aller Kommunen und des gesamten nationalen Gebietes zu ermöglichen. Hinzu kamen die Schaffung von Finanzinstitutionen der Gebietskörperschaften, die Zusammenarbeit der Gemeinden sowie die Pflege kommunaler Partnerschaften.

Was sind die Errungenschaften nach acht Jahren der Umsetzung? „Wir verfügen zunächst einmal über eine Gesetzessammlung und Verordnungen über die Dezentralisierung und ungefähr dreißig Durchführungsverordnungen. Und wir haben seit 2008 einen effektiven Entwicklungshilfefonds für die Kommunen“, resümiert Nansounon. Darüber hinaus hat die Regierung die Nationale Dezentralisierungs- und Dekonstruktionspolitik PONADEC (Poli-

tique Nationale de Décentralisation et de Déconcentration) verabschiedet.

Die Ausarbeitung und Umsetzung von lokalen Entwicklungsplänen hat es ermöglicht, auch eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Kommunen anzustoßen. Die Bevölkerung, die es gewohnt war, dass alles von oben entschieden wird und bis dahin in einer Art „Fürsorge-Staat“ lebte, hat jetzt die Gelegenheit, sich zu beteiligen und an der Diskussion über die Zukunft der Kommunen teilzunehmen. Nichtregierungsorganisationen kamen und halfen dabei, den Sinn des bürgerschaftlichen Engagements zu stiften. Und auch andere technische und finanzielle Partner, wie beispielsweise das PDDC, sind sehr engagiert in der Unterstützung der Dezentralisierung.

Nansounon hat jedoch auch Schwachpunkte ausgemacht, allen voran eine schlechte lokale Regierung. Als Gründe dafür nennt er eine exzessive Politisierung der Kommunalverwaltungen. „Wir haben festgestellt, dass in den meisten Kommunen der Wahlkampf nach den Wahlen weitergeführt wurde“. Es gehe aber nicht nur darum, gewählt zu werden, man müsse dann auch die Arbeit tun. Er berichtet von Schwerfälligkeiten bei Personalentscheidungen und von einem Mangel an Transparenz in der Kommunalverwaltung und zwar durch das einsame und undurchsichtige Verwalten der Bürgermeister.

Auch das bürgerschaftliche Engagement und der Bürgerschaftssinn sind ein wichtiges Unterfangen. Die Steuerdisziplin ist mangelhaft und die Mobilisierung eigener Einnahmen durch die Gebietskörperschaften schwach. Der Kompetenz- und Ressourcentransfer vom Staat auf die Kommunen bleibt weit hinter dem, was eigentlich vorgesehen war. Statt Ressourcen und Kompetenzen zu transferieren, wälzt er Probleme, Lasten und Kosten auf die Kommunen ab. „Wir haben ein Sprichwort, das besagt: „Das Schaf verkaufen, aber die Leine in der Hand behalten.“ Das ist das Spielchen, das zwischen den Kommunen und dem Staat stattfindet“, so Nansounon.

Ein weiterer besonderer Schwachpunkt ist, dass Frauen unterrepräsentiert sind in den lokalen Entscheidungsinstanzen. Bei den letzten Kommunal- und Gemeinderatswahlen für das zweite Mandat waren von landesweit 1.435 lokalen gewählten Mandatsträgern nur 60



Frauen. Und nur eine einzige Frau wurde zur Bürgermeisterin gewählt. „Das ist lächerlich, weil Frauen 52 Prozent der Bevölkerung in Benin ausmachen“, betont Nansounon.

Die Dezentralisierung wird unvollendet bleiben, wenn es nicht einen starken politischen Willen von Seiten der Regierung gibt, eine Vision und auch eine klar definierte, strategische Ausrichtung. Die Dezentralisierung und die Dekonzentration sind untrennbar voneinander und müssen weiterhin An-

trieb der Modernisierung des Staates bleiben.

Es hat Schwierigkeiten gegeben, da die Dekonzentration der Dezentralisierung nicht in gleichem Maße gefolgt ist. Nansounon betont die Notwendigkeit, im Dezentralisierungsprozess in einem Entwicklungsland ebenso die Wachstumsstrategien zur Armutsbekämpfung zu berücksichtigen. Damit beides gleichzeitig vorangetrieben werden kann, müssen sie miteinander verbunden werden. Vor allem müssen aber die Fähigkeiten aller Akteure der Dezentralisierung gestärkt werden. Das ist entscheidend, damit wirklich jeder seine Rolle auf der Grundlage von klar definierten und vor allem von allen eingehaltenen Regeln spielt: Die Regierung muss ihre Kompetenzen übertragen, die Bürgermeister transparent agieren, und die Zivilgesellschaft muss ihre Kontrollfunktion ausüben.

Die beninische Regierung hat einen Zeitplan für den effektiven Transfer aller Kompetenzen auf die Kommunen erarbeitet. Bei der Umsetzung der kommunalen Zusammenarbeit entwickeln sich neue Dynamiken. Zudem werden ab 2011 die technischen und finanziellen Partner den Entwicklungsplan unterstützen und die Ressourcen für die Entwicklung auf lokaler Ebene stellen. Bislang war dafür der Staat zuständig. Außerdem ist die Einrichtung eines nationalen Bildungszentrums für lokale und Territorialverwaltungen in Arbeit. Bislang gab es zwei Strukturen, die für die Fortbildung zuständig waren, nun wird in Zusammenarbeit mit InWEnt eine Versuchsphase für die neuen lokalen Bildungszentren durchgeführt.

„Ich bin persönlich davon überzeugt, dass das lokale Afrika, also das Afrika der dezentralisierten Gebietskörperschaften, das Afrika der Nationen und Zentralafrika weiterbringen wird“, so Nansounon. „Mit den Frauen als starkem Antrieb in diesem Prozess und durch eine kritische Masse an Gebietskörperschaften, die effizient sind und gut verwaltet werden.“



*„Ich habe viele grundsätzliche Überlegungen mitgenommen. Es war gut zu erfahren, dass andere auch über dieselben Dinge diskutieren, z.B. die Frage: Was heißt Partnerschaft auf Augenhöhe? Darüber hinaus habe ich viele praktische Anregungen bekommen, finanzielle Tipps, steuerliche Dinge und Ansprechpartner. Als guten Tipp nehme ich mit: Die Stadt bildet den Rahmen, gibt Impulse. Es ist aber wichtig, dass möglichst viele Leute aus den unterschiedlichsten Gebieten der Bürgerschaft, also nicht nur Eine Welt Läden, sondern auch der Alpenverein, Mediziner, kirchliche Gruppen, Vereine, Jugendgruppen, Sport, Kultur und die Wirtschaft in dieser Partnerschaft mitmachen.“*

Christopher Blum, Kulturamt Stadt Tübingen



## 5. Plenumsdiskussion: Dezentalisierungsprozesse in Afrika und ihre Auswirkungen auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit



*Moderation: Thomas Mösch, Deutsche Welle; Teilnehmer: Chabi Nansounon, Oscar Sawadogo, Jameleddine Batti, Gerhard Lauth*

*Chabi Nansounon*, Regionalkoordinator in der Region Atakora-Donga im Nordwesten Benins, berichtet, dass das Dezentalisierungsprogramm für die Kommunen in Benin auf 12 Jahre angelegt wurde. Er ist nicht sicher, ob die verbleibenden fünf Jahre ausreichen, um die anvisierten Ergebnisse tatsächlich zu erreichen. Ein wesentliches Problem zur Zeit ist, dass die verschiedenen existierenden Programme zur Begleitung der Dezentralisierung nicht alle Kommunen abdecken. Es gibt Bereiche in Benin, da schreitet die Entwicklung in zwei verschiedenen Geschwindigkeiten voran. Nansounon beschreibt die Anstrengungen der Regierung, die mittlerweile den politischen Willen zeige, der bisher vielleicht gefehlt hat. Er schätzt, dass es, wenn die verabschiedete Strategie zur Dezentralisierung ab 2011 konkret umgesetzt wird, noch mal einen Schub in der Entwicklung der Dezentralisierung geben wird. Neben dem Staat engagieren sich technische und finanzielle Partner ebenso wie Akteure der kommunalen Partnerschaften. Es gibt einen großen Bedarf bei der Verstärkung der Kapazitäten, die es den Akteuren ermöglicht, ihre Rolle voll auszufüllen. „Das alles funktioniert noch nicht richtig“, kritisiert Nansounon. Aber die nationale Politik zielt darauf ab, dass diese verschiedenen Mechanismen bald auf kommunaler Ebene gelingen.

*Jameleddine Batti*, Oberbürgermeister der tunesischen Stadt Menzel Bourguiba, erläutert, das Tunesien nach der Unabhängigkeit 1956 ein Zentralstaat war, der alles verwaltet hat. Nach und nach bekommen nun die Regionen und Kommunen die Möglichkeit, die Berei-

che zu verwalten, die sie betreffen. Die Räte haben auch die Möglichkeit, Projekte auszu-  
arbeiten, Beziehungen zu knüpfen, vor allem auch mit ausländischen Städten. Der Staat  
hat aber noch ein Zugriffsrecht. Batti hebt besonders die Städtepartnerschaft mit Stuttgart  
hervor, die bereits seit 1971 besteht: „Der Fortbestand der Städtepartnerschaft nach 40  
Jahren zeigt, dass diese Nord-Süd-Beziehung gut gefestigt ist. Wir hatten häufig die Mög-  
lichkeit zum Austausch, und unsere Zusammenarbeit war von Anfang an begründet auf  
Beziehungen zwischen Menschen.“

*Gerhard Lauth*, Berater der Association of Local Authorities of Tanzania (ALAT), beschreibt  
den Dezentralisierungsprozess in Tansania als sehr zäh. Einerseits, weil Menschen daran  
beteiligt sind, die Macht und Befugnisse abgeben müssen. Außerdem benötige man Be-  
schäftigte auf der lokalen Ebene, die das Know-how haben, dezentralisierte Aufgaben  
wahrzunehmen. Überall gibt es gewaltige Defizite. Der Verband ALAT versteht sich als die  
Stimme der Kommunen von Tansania. Im Zentralstaat war ALAT mehr oder weniger der  
verlängerte Arm der Regierung, der deren Weisungen auf die lokale Ebene überbrachte.  
Jetzt emanzipiert sich ALAT gegenüber dem Staat und arbeitet nun daran, das Vertrauen  
der Kommunen zu gewinnen. Lauth berichtet von den freien, demokratischen Wahlen, die  
vor drei Wochen in Tansania stattgefunden haben, bei denen nicht nur der Präsident und  
das nationale Parlament, sondern auch die 5.000 Gemeinderäte gewählt wurden. Der  
Verband ALAT will diese Menschen jetzt schulen. „Der Staat bietet solche Ausbildungspro-  
gramme schon lange an, aber wir sagen jetzt: Wir als Kommunen wissen selber, was wir  
brauchen“, so Lauth. Deswegen ist der erste Ansatz der Fortbildungen nicht das Vermit-  
teln von spezifischem Fachwissen, sondern die Vermittlung grundlegender Kenntnisse  
dessen, was ein Gemeinderat für Rechte und was für Pflichten hat.



*Oscar Sawadogo*, Mitbegründer und aktives Mitglied der Nichtregierungsor-  
ganisation Zood Norma, beschreibt die  
Gemeinsamkeiten und Unterschiede  
zwischen seinem Heimatland Burkina  
Faso und dem Nachbarland Benin. Er  
spricht von gleichen Werten und Ähn-  
lichkeiten in der Regierung. In Burkina  
Faso sei jedoch der Prozess der De-  
zentralisierung weiter fortgeschritten;  
beispielsweise wurde bereits ein stra-  
tegischer Rahmen für kommunale  
Partnerschaften für den Zeitraum

2010-2015 umgesetzt. Nur der Staat und die Zivilgesellschaft gemeinsam ermöglichen es,  
weiterzukommen. „Deswegen sind wir für diese Konferenz. Wenn es sie nicht gäbe, müss-  
te sie geschaffen werden“, so Sawadogo. Die Übertragung von Zuständigkeiten von oben  
nach unten muss es ermöglichen, dass Vereine und Nichtregierungsorganisationen betei-  
ligt werden, damit die Zielbevölkerung wirklich erreicht wird. Speziell Frauen, die die  
Hauptakteure der Entwicklung sind, müssen mit einbezogen werden.

*Chabi Nansounon* ist der Meinung, dass die Kommunen die Rolle eines Partners in der  
Entwicklungszusammenarbeit ausfüllen können. Vor allem, weil es zurzeit mit der Umset-  
zung des Entwicklungshilfefonds für Kommunen einen Ressourcentransfer gibt, der wirk-  
lich zu spüren ist. „Die Kommunen können heute nicht mehr sagen, dass der Staat nichts  
tut und sie nichts vom Staat bekommen“, so Nansounon und fügt hinzu, dass der Staat in  
den Jahren 2008 und 2009 über den Entwicklungshilfefonds 7,5 Milliarden CFA-Franc (et-  
wa 11,4 Millionen Euro) für die Entwicklung der Kommunen bereitgestellt hat. Ab 2011  
werden sich auch mehrere finanzielle und technische Partner daran beteiligen. Kommunale  
Partnerschaften mit ihren konkreten Projekten sind eine gute Grundlage dafür, dass die

Bevölkerung ihren Beitrag leistet. Der beninische Staat hat Strukturen geschaffen, die es erlauben, diese kommunalen Partnerschaften zu begleiten. Wichtig ist es nun, die Akteure in den Kommunen aufzuklären und zu sensibilisieren. Wenn eine Kommune an einer kommunalen Partnerschaft teilnimmt, dann darf sie nicht nur Leistungen erwarten, sondern muss sich auch fragen, was sie für einen Beitrag leisten kann. Wenn dieses Prinzip nicht eingehalten wird, dann ist es keine Partnerschaft, sondern Hilfe. „Und das wollen wir nicht, wir möchten eine echte Partnerschaft, die beide Parteien gleichermaßen achtet“, so Nansounon.

Für *Gerhard Lauth* müssen solche Partnerschaften in erster Linie einen Sinn, einen Inhalt haben. So wie das vor Jahrzehnten in Europa die Überwindung des Krieges, der Feindschaft, die Schaffung eines neuen Europas war. „Der Sinn der deutsch-afrikanischen Partnerschaften ist die gemeinsame Verantwortung für die Eine Welt“, so Lauth. Wenn man die Partnerschaften nur begreift als Transfer von Mitteln, von Infrastruktur oder auch von Reisen in exotische Länder, dann ist das viel zu kurz gegriffen. Er räumt ein, dass die Partner in Afrika nicht in der Lage sind, materielle Güter nach Deutschland zurückzugeben. „Aber sie können uns wieder lehren zu verstehen, was es heißt, frei in einer Demokratie zu leben. Das sind alles Grundwerte, die für uns selbstverständlich geworden sind“, sagt Lauth.



Auf die *Frage aus dem Publikum*, wie denn die traditionellen Strukturen in die Dezentralisierung eingebunden seien, erläutert *Nansounon*, dass die große Herausforderung die harmonische Gestaltung des Zusammenlebens der beiden Strukturen ist, weil der Bürger zwischen den Stühlen sitzt. Auf der einen Seite steht die neue kommunale Behörde, auf der anderen sind die traditionellen Strukturen mit den Dorfchefs. Mancherorts läuft es sehr gut, insbesondere wenn es um die Mobilisierung der Bürger geht. Wenn aber der traditionelle Chef beispielsweise dem Willen des Bürgermeisters Widerstand leistet, gibt es Probleme. Offiziell ist der Bürgermeister der Ansprechpartner. „Wenn Sie aber zu ihm gehen, vergessen Sie nicht, auch den Dorfchef zu besuchen. Dann ist er zufrieden, dass Sie ihm den Respekt erwiesen haben und wird auch seinen Beitrag leisten“, beschreibt Nansounon die Situation.

*Sawadogo* schließt sich seinem Vorredner an: „Man kann nicht in ein Dorf gehen, ohne den lokalen König zu beachten.“ Die allgemeine

Verwaltung kann und darf diese Menschen nicht vergessen, die von der Dorfbevölkerung geachtet werden. Es gibt auch in Burkina Faso einen gewissen Kontakt zwischen den Dorfchefs und der Verwaltung, weil die Verwaltung sie braucht, um die Bevölkerung zu informieren. Der Staat betrachtet diese Dorfchefs als lokale Vertreter, die eine örtliche Kompetenz, örtliche Befugnisse haben, damit sie z.B. den Staat bei den Wahlen unterstützen. Wenn ein Staatschef diese Dorfchefs nicht respektiert, dann wird er nicht lange an der Macht bleiben.

*Frau Siekmann* aus Witzenhausen fragt, ob die Idee der Dezentralisierung nicht auch ein

Import der Länder des Nordens sei und warum nicht Strukturen entwickelt würden, die aus den traditionellen Gegebenheiten entstehen. *Lauth* erwidert, dass es durchaus auch ein Aspekt sein kann, dass die Gebergemeinschaft momentan die Dezentralisierung im Zuge der so genannten Good Governance besonders vorantreibt. Aber es wurde von Dörfern gesprochen, von Versammlungen dort, von Dorfältesten – das ist eigentlich nichts anderes als Dezentralisierung. Weg vom Zentralstaat, hin auf die Ebene, die es am besten entscheiden kann. „Das hat nichts mit Oktroyieren zu tun, sondern ist etwas ganz demokratisches und wird sicherlich auch in den Gesellschaften so verstanden“, so *Lauth*.

Auf die Frage, ob und welche Rolle die Diaspora in den lokalen Partnerschaften spielen, sagt *Sawadogo*, dass es hilfreich sei, dass es in nahezu jeder europäischen Stadt Afrikaner gibt. Selbst wenn sie nicht aus dem Land kommen, mit dem die Partnerschaft eingegangen wird. Sie können Informationen liefern, sie können teilnehmen an Treffen, um zu verstehen, was es den europäischen und den afrikanischen Ländern an Mehrwert einbringen kann.



*Herr Mösch* stellt die Frage, ob die Verlagerung der Entwicklungszusammenarbeit auf die kommunale Ebene nicht auch die Korruption fördere. *Nansounon* antwortet, dass in manchen Kommunen die Vertrauenskrise genau daher kommt. Die staatlichen Strukturen haben den Auftrag, die Bücher der Kommunen zu prüfen, um darauf zu achten, dass die Gelder richtig verwaltet werden. Auf der anderen Seite steht die bürgerschaftliche Kontrolle der Verwaltung durch die Zivilgesellschaft, denn nur das garantiert die Nachhaltigkeit der Partnerschaft. „Wenn der Partner feststellt, dass zugewiesene Mittel für etwas anderes verwendet wurden, dann wird die Partnerschaft sofort beendet“, schätzt *Nansounon*.

*Lauth* sagt, dass Transparenz und Rechenschaftspflicht nicht nur eine Frage der partnerschaftlichen Beziehungen sind, sondern insgesamt eine Frage des Umgangs mit öffentlichen Geldern. Der Verband ALAT schult Gemeinderäte darin, auf ihrer örtlichen Ebene die richtigen Fragen stellen zu können. „Es ist grundlegend wichtig, dass sie nicht einfach nur die Zahlen konsumieren, die ihnen vorgelegt werden, sondern dass sie sie selber kritisch hinterfragen können“, so *Lauth*.

Eine Stimme aus dem Publikum merkt kritisch an, dass es ein Allgemeinplatz sei zu sagen, dass die Partnerschaft mehr sein muss als reine finanzielle Hilfe, dass die Praxis dem aber nicht entspreche. Auf die Frage an Herrn *Nansounon*, welchen Beitrag die afrikanischen Kommunen zu der Partnerschaft leisten können, fällt diesem der kulturelle Austausch ein: Aber es gäbe auch wirtschaftliche Möglichkeiten. So wurde beispielsweise in der Partnerschaft zwischen der Gemeinde Copargo und einer Gemeinde in Deutschland festgestellt, dass in Copargo eine sehr gute Qualität der Karité-Butter hergestellt wird. Die Frauen im Dorf können diese Karité-Butter jetzt exportieren, so dass sie von der Kosmetikindustrie genutzt wird. Und die Kommune Bassila exportiert qualitativ hochwertigen Sesam nach Sulzbach. Auch muss die Rolle der Frauen in der beninischen Gesellschaft gestärkt werden. Eine Frauenquote, wie sie von der Regierung angedacht war, hält *Nansounon* jedoch nicht für hilfreich.



In seinem Schlusstatement macht *Jameleddine Batti* als wichtigsten Punkt die Vielfalt, die Annäherung zwischen den Städten, die Entdeckung des Anderen aus. Als mögliche Themen für eine Folgekonferenz nennt er die Verstärkung der kommunalen Partnerschaften zwischen afrikanischen und europäischen Städten sowie die Rolle der Frauen in der kommunalen Partnerschaft.

*Gerhard Lauth* wünscht sich für die Zukunft mehr solcher Konferenzen, besonders mit Bezug auf Deutschland-Afrika. Möglicherweise solle man sich mehr mit den Inhalten einer partnerschaftlichen Beziehung beschäftigen: Was heißt denn eigentlich „auf Augenhöhe“? Was können wir denn zurückbekommen aus Afrika? Wenn deutsche und afrikanische Kommunen Partnerschaften eingehen, dann muss das auch hier in der Bevölkerung thematisiert werden, und es müssen Antworten gefunden werden auf Fragen wie „Was haben wir davon?“ und „Was geht uns das an?“.

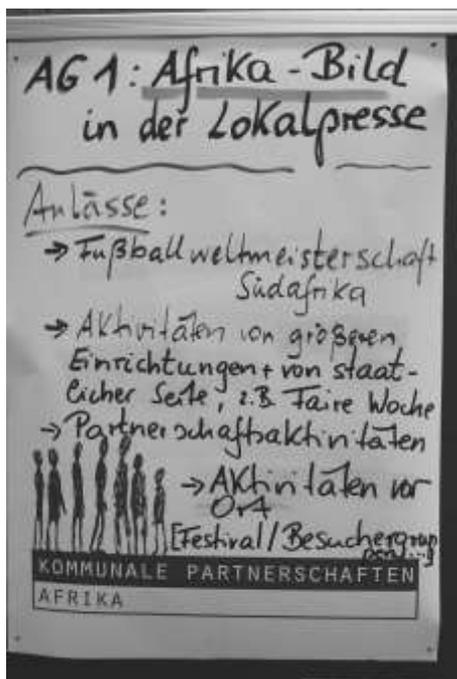
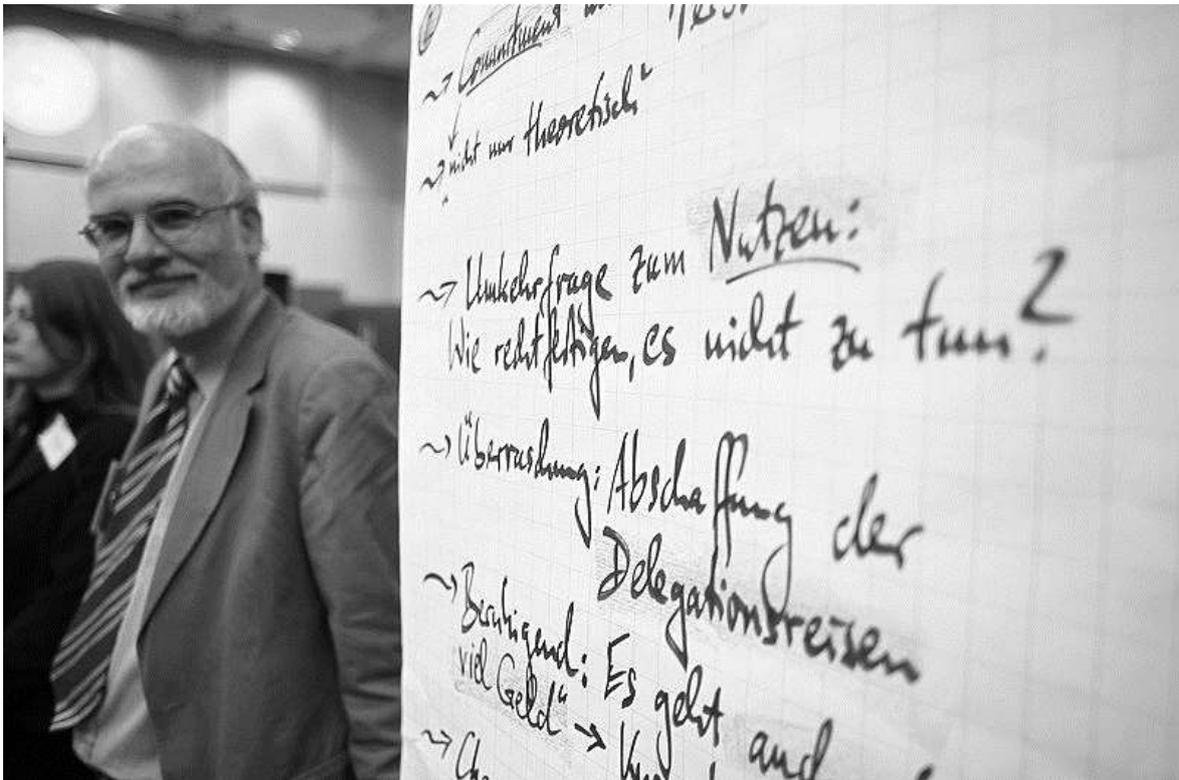
*Chabi Nansounon* betont die große Rolle, die Frauen in der Entwicklung spielen. Er weißt darauf hin, dass die Frauen in Benin viel Verantwortung übernehmen, aber in der wirtschaftlichen Tätigkeit noch zu wenig aktiv sind. „Es ist sehr wichtig, dass sie sich auch mehr an Entscheidungen beteiligen, und dass sie dabei unterstützt werden.“



*„Es war sehr gut, dass sich viele kommunale Vertreter und Vereinsvertreterinnen gerade aus kleineren Städten ausgetauscht und vernetzt haben. Das war für uns bei der Vorbereitung ein ganz wichtiger Aufhänger. Es braucht einfach mehr gezielte Angebote für die dortigen Aktiven. Das kam sehr gut an, was sich auch an der Teilnehmerzahl sehen lässt: Die größte Gruppe bildeten kleinere Städte mit rund 20 Teilnehmern.“*

Dr. Stefan Wilhelmy, Projektleiter SKEW

## 6. Arbeitsgruppen



### 1. Afrikabild – Partnerschaften in der Lokalpresse

THOMAS MÖSCH/Deutsche Welle und ANDREAS JUNGBAUER/Würzburger Mainpost

Der Titel der Arbeitsgruppe umfasste zwei Themenkomplexe, die jedoch ineinander greifen:

#### a) Welches Afrikabild ist in den deutschen Medien vorherrschend?

☞ Was sind bestimmende Themen (z.B. Armut, Aids), Anlässe (z.B. Konflikte, Katastrophen) und Klischees der Berichterstattung? Oder ist die Wahrnehmung einer klischeehaften Darstellung selbst ein Klischee?

☞ Wie hat sich die Fußball-WM auf die Berichterstattung ausgewirkt?

☞ Gibt es überhaupt „das“ Afrikabild in „den“ Medien? Wie differenziert wird über die unterschiedlichen

Länder und Regionen berichtet?

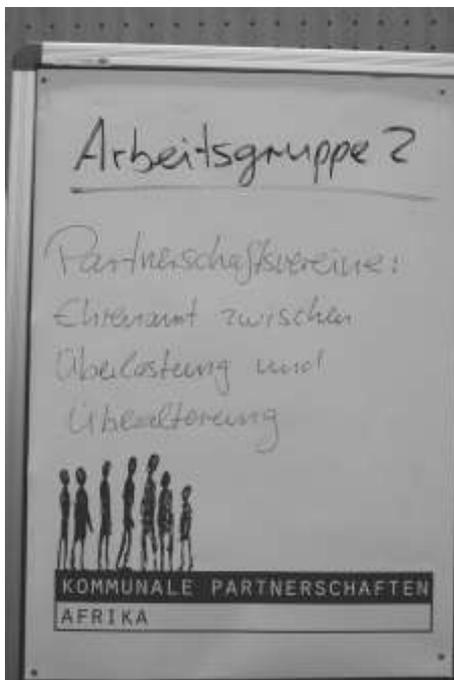
☞ Gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen überregionaler und lokaler Berichterstattung sowie zwischen den verschiedenen Medien (Print, Hörfunk etc.). Wie kann man sich fundiert informieren?

**b) Wie schafft man es als Verein bzw. Kommune, die eigene Kommunalpartnerschaft mit Afrika in den Lokalmedien zu platzieren?**

☞ Was ist für eine gute Pressearbeit der Kommune/des Vereins erforderlich? Welche Kontakte braucht man und wie pflegt man diese? Was interessiert die Redaktionen? Welche Aktivitäten wecken Interesse (z.B. Veranstaltungen, Delegationen)?

☞ Was ist bei der Planung bzgl. der Pressearbeit zu beachten (z.B. Wen muss man wann mit welchen Informationen versorgen)?

☞ Wie vermeidet man eine Klischee verstärkende Darstellung?



**2. Partnerschaftsvereine: Ehrenamt zwischen Überlastung und Überalterung?**

ELLEN THIELEN/Würselen, KATJA BURRE/SEZ, NORA KLEINBUB/Ettingen

Partnerschaftsvereine sind vielerorts die Motoren kommunaler Partnerschaften z.T. übernehmen sie die Pflege und die „Alltagsarbeit“ (z.B. Projektumsetzung) quasi im Auftrag bzw. für die Kommune. Ein Grund ist, dass bei verschiedenen Förderprogrammen Vereine im Unterschied zu Kommunen förderfähig sind. Die Vielzahl der Aufgaben verteilt sich jedoch oft auf nur wenige Schultern, häufig fehlt zudem der Nachwuchs.

☞ Was belastet bzw. entlastet die Aktiven im Verhältnis zwischen Kommune und Verein? Wie sollte eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kommune und Verein aussehen?

☞ Wie definiert man seine Grenzen, damit die Partnerschaft und die Qualität der Projekte nicht leidet? Wie geht man diesbezüglich mit den Erwartungen der Partner um?

☞ Lassen sich Abläufe und Arbeitsverteilung innerhalb des Vereins optimieren?

☞ Wie gewinnt man zusätzliche Akteure?

☞ Wie können insbesondere Jugendliche/junge Erwachsene für die Partnerschaftsarbeit gewonnen werden? Welche Themen und Aktivitäten interessieren diese, was schreckt sie ab?

☞ Mit wem kann man vor Ort kooperieren?

☞ Wie/wo bekommt man zusätzliche Unterstützung?

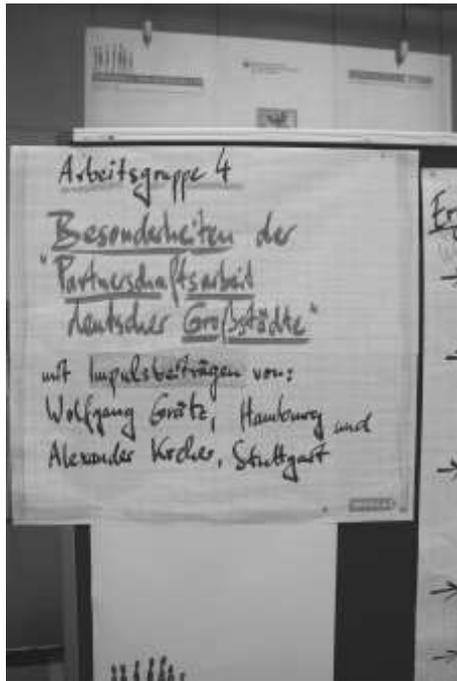


### 3. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Mikrokredite als Instrument

EMMANUEL GOUJARD/Braun, Melsungen und LINDE JANKE/Oikocredit Förderkreis, Baden-Württemberg

Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Einsatz ökonomischer Instrumente ist ein zwar nicht neues, aber doch sehr aktuelles Thema der Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Unternehmen unterhalten nicht nur wirtschaftliche Beziehungen zu Afrika, sondern engagieren sich darüber hinaus auch entwicklungspolitisch. Dies wird an Hand der beiden Beispiele – der Aktivitäten der Firma Braun und dem Instrument der Mikrokredite – deutlich, die zu Beginn kurz vorgestellt werden.

- Wie unterscheiden sich Interessen, Vorgehensweisen und Erwartungen von engagierten Unternehmen und Partnerschaftsvereinen bzw. Kommunen im Rahmen der Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern?
- Wie können noch nicht aktive lokale Unternehmen für eine Zusammenarbeit mit dem Partnerschaftsverein bzw. der Kommune gewonnen werden? Was ist dabei zu beachten?
- Welche Unterschiede sind dabei zwischen lokalen bzw. national ausgerichteten Unternehmen und international aktiven Unternehmen von Bedeutung?
- Wo liegen die Grenzen der Zusammenarbeit?
- Wie könnte das Ziel einer engeren Kooperation besser an Unternehmen (z.B. über Kammern, Verbände?) herangetragen werden?
- Wie können die bisherigen Erfahrungen mit Mikrokrediten für Kommunalpartnerschaften genutzt werden?
- An wen können sich interessierte Partnerschaftsvereine und Kommunen wenden?
- Gibt es bzgl. Mikrokredite Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen mehreren Kommunalpartnerschaften?

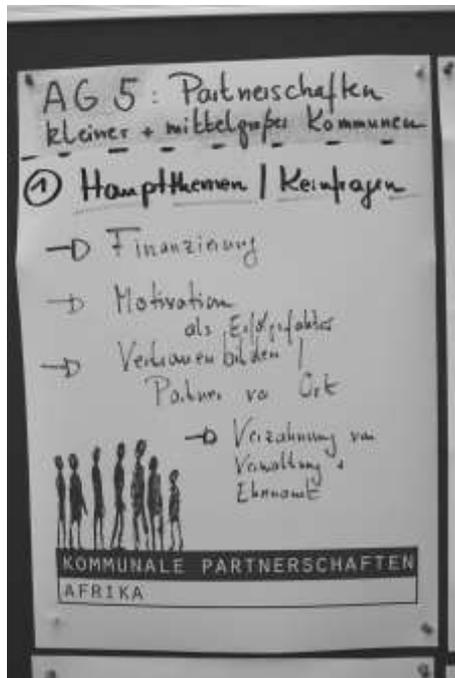


#### 4. Besonderheiten der Partnerschaftsarbeit deutscher Großstädte

ALEXANDER KREHER/ Stadt Stuttgart und WOLFGANG GRÄTZ/Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

- Was zeichnet die Partnerschaftsarbeit von Großstädten aus? Welche Vorteile bietet die Größe, welche Hemmnisse sind damit verbunden?
- Was sind wichtige Erfolgsfaktoren, was wesentliche Hürden der Partnerschaftsarbeit?
- Wer sind die zentralen Akteure und Kooperationspartner – in Deutschland und im Partnerland?
- Wie läuft die Zusammenarbeit mit Partnerschaftsvereinen; welche Bedeutung haben diese für die Städtepartnerschaft?
- Wie läuft die Zusammenarbeit/Vernetzung mit anderen (deutschen) Kommunen?

- Welche Bedeutung haben internationale Netzwerke für die Partnerschaftsarbeit?
- Welche Bedeutung, welchen Einfluss haben Bund, Land und EU?
- Besteht zusätzlicher Unterstützungsbedarf? Wer könnte diesen erbringen?

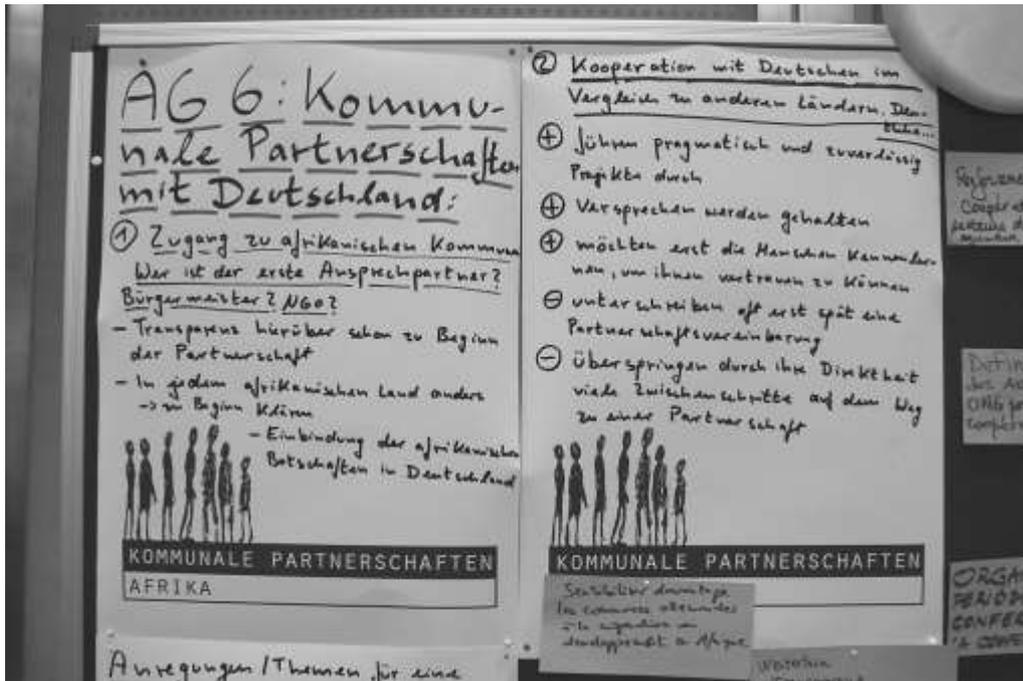


#### 5. Partnerschaften kleiner und mittelgroßer Kommunen

WERNER OHLERT/Bad Münstereifel und BIRGIT BADER/Reutlingen

- Was zeichnet die Partnerschaftsarbeit von kleineren und mittelgroßen Kommunen aus? Welche Vorteile bietet die vergleichsweise geringe Größe, welche Hemmnisse sind damit verbunden?
- Was sind wichtige Erfolgsfaktoren, was wesentliche Hürden der Partnerschaftsarbeit?
- Wer sind die zentralen Akteure und Kooperationspartner – in Deutschland und im Partnerland?
- Wie läuft die Zusammenarbeit mit Partnerschaftsvereinen; welche Bedeutung haben diese für die Städtepartnerschaft?
- Wie läuft die Zusammenarbeit/Vernetzung mit anderen (deutschen) Kommunen?

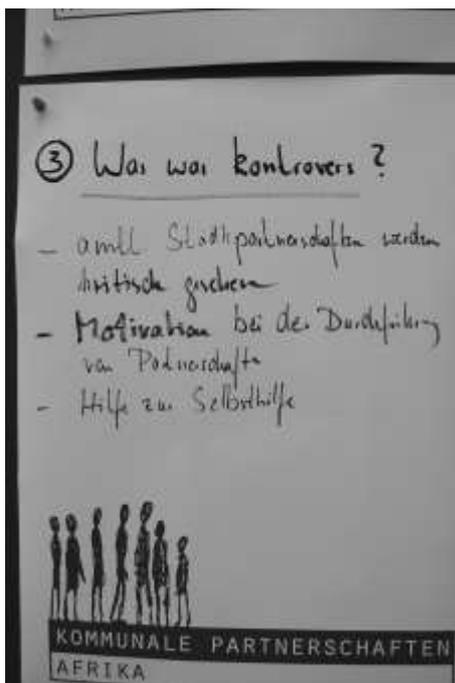
- Welche Bedeutung haben internationale Netzwerke für die Partnerschaftsarbeit?
- Welche Bedeutung, welchen Einfluss haben Bund, Land und EU?
- Besteht zusätzlicher Unterstützungsbedarf? Wer könnte diesen erbringen?



**6. Kommunale Partnerschaften mit Deutschland**

JENNIFER ICHIKAWA/SKEW Bonn

Die AG 6 wurde speziell für frankophone und afrikanische Teilnehmer und Teilnehmerinnen eingerichtet





## 7. Podiumsdiskussion: Partnerschaftliche Beziehungen der Bundesländer als Rahmen für Kommunalbeziehungen



*Moderation: Sabine Drees, Deutscher Städtetag. Teilnehmer: Gerhard Lauth, Hans-Christoph Boppel, Uwe Mayer, Jürgen Oswald, Klaus Weingärtner*

*Uwe Mayer*, Geschäftsführer des Partnerschaftsvereins Rheinland-Pfalz – Ruanda, berichtet, dass die Partnerschaft seit 1982 besteht, also seit 28 Jahren. Der Genozid von 1994 ist präsent bei der Bevölkerung, aber das Land ist dabei, ihn aufzuarbeiten. Ruanda entwickelt sich stark. „Wenn ich nach Kigali komme, sehe ich jedes Mal eine veränderte Stadt“, sagt Mayer. Obwohl es sich um eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Republik Ruanda handelt, hebt Mayer die Partnerschaft zwischen den Menschen besonders hervor. „Wir haben 51 kommunale Partnerschaften, also Städte, Gemeinden, Landkreise in Rheinland-Pfalz, die einen Partnersektor in Ruanda haben“, berichtet er und nennt die schulische und vor allem auch berufliche Bildung als Schwerpunktthemen der Zusammenarbeit.

*Jürgen Oswald* vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg beschreibt das Konzept der Entwicklungspartnerschaften so, dass sie – anders als Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen – keine speziellen Partnerschaften in einzelnen Ländern oder Regionen pflegen, sondern versuchen, sehr themenbezogen zu unterstützen. Themenfelder sind beispielsweise berufliche Bildung, Umweltschutz und die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Zudem werden Außenwirtschaftsaktivitäten mit Aktivitäten zur Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen in den jeweiligen Zielländern verknüpft. „Wir sind der Auffassung, dass die beste Voraussetzung dafür, die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu unterstützen, die ist, dass wir mit unserem Know-how beratend und unterstützend eingreifen“, erklärt Oswald.

*Klaus Weingärtner* von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg

berichtet, dass die Stiftung seit 20 Jahre existiert und den Auftrag hat, als Servicebüro allen Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stehen. Sie selbst führt keine Auslandsprojekte durch, unterstützt aber subsidiär Partnerschaften baden-württembergischer Partner in Entwicklungsländern. „Wir sehen kommunale Partnerschaften nicht nur zwischen zwei Städten hier und in Entwicklungsländern, sondern als alles, was aus einer Kommune herausgeht, als kommunales, als bürgerschaftliches Engagement“, so Weingärtner. Deswegen werden in Baden-Württemberg auch seit vielen Jahren Eine-Welt-Tage veranstaltet, bei denen ganz konkret innerhalb der Kommune getätigtes Engagement vorgestellt wird. Dies geschieht natürlich auch, um neue Mitstreiter zu finden, um Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit zu wecken und das Netzwerk auszubauen.



*Hans-Christoph Boppel* von der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass kommunales Engagement einen echten Mehrwert für die Entwicklungszusammenarbeit bringt. Die Kommunen leisten einen enormen Beitrag, indem sie lokale Strukturen und die Zivilgesellschaft in den Partnerländern stärken. Aber die Kommunen sind finanziell und personell nicht besonders gut aufgestellt. „Daraus folgt aus meiner Sicht eine klare Logik: Länder und Bund müssen diese Aktivitäten noch mehr unterstützen“, erklärt Boppel. Das Land Nordrhein-Westfalen hat vor drei Jahren ein Partnerschaftsabkommen mit Ghana geschlossen, der 40 Jahre zivilgesellschaftliche Aktivität vorausgegangen waren. Trotzdem ist es noch weit entfernt von dem, was in Rheinland-Pfalz mit Ruanda erreicht wurde. Das Land ist zwar der Rahmengeber, aber „wenn es nicht gelingt, eine Förderkulisse aufzubauen, in der Länder und vor allem auch der Bund mitwirken, dann werden viele kommunale Aktivitäten auf Dauer auf der Strecke bleiben.“

*Gerhard Lauth*, ehemaliger Bürgermeister von Mosbach, jetzt Kommunalverbandsberater in Tansania, sagt, er hätte nichts dagegen, wenn auch das Land Baden-Württemberg sich als Rahmengeber einbringen würde, speziell in Tansania. Aber es gibt in Baden Württemberg sehr starke, selbstbewusste Städte, die darauf bedacht sind, dass sie im Rahmen ihrer Selbstständigkeit auch selbst agieren können. Lauth bezieht sich auf seinen Vortrag vom Vortag, in dem er bereits anmerkte, dass erst einmal ein bürgerschaftliches Selbstbewusstsein entwickelt werden müsse. Da wäre es möglicherweise kontraproduktiv, wenn das Land oder der Bund den Städten und Gemeinden vorschreiben würde, Partnerschaften mit Entwicklungsländern einzugehen. „Dadurch würde gerade die Unabhängigkeit, die wir transportieren wollen, in Frage gestellt“, erklärt Lauth.

*Jürgen Oswald* antwortet *Herrn Lauth*, dass das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg nicht grundsätzlich dagegen ist, auch Projekte in Tansania zu begleiten. „Wenn Sie eine Unterstützung seitens der Landesregierung brauchen, um etwas politisch zu flankieren, stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung“, sagt er. Wichtiger seien hier allerdings weniger die formalen Dinge, sondern die ganz konkreten praktischen Projekte. In manchen Ländern haben sich enge Kontakte entwickelt, wie beispielsweise in Südafrika mit der Provinz KwaZulu-Natal und auch in Burundi. Letztere werden, übrigens parteiübergreifend, sehr stark vom baden-württembergischen Landtag mitgepflegt. Oswald verweist an dieser Stelle an Klaus Weingärtner, da die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit die federführende Organisation ist. „Wir wissen als Landesregierung das

kommunale Engagement sehr wohl zu schätzen und fördern es, wo wir können“, schließt Oswald.

*Weingärtner* erläutert, dass Baden-Württemberg jahrzehntelange partnerschaftliche Beziehungen mit vielen Ländern und in ganz verschiedenen Bereichen hat. Viele dieser Partnerschaften sind aus Eigeninitiativen entstanden. „Wir brauchen Privatinitiativen, damit solche Partnerschaften, die gewachsen sind, die in viele Entwicklungsländer ihre Verbindungen haben, auch am Leben bleiben“, sagt Weingärtner. Wenn das Land Baden-Württemberg eine Partnerschaft zu einem bestimmten Land abschließen und die Gelder dann nur noch für dieses Land zur Verfügung stellen würde, dann „wäre das eine Ohrfeige für all diejenigen, die ein jahrzehntelanges Engagement in andere Länder haben“. Die engen Kontakte nach Burundi sind aber keine Einbahnstraße; es wird alles dafür getan, dass alle bisherigen Partnerschaften nicht in Vergessenheit geraten oder dass das Engagement deswegen geschmälert wird.

*Uwe Mayer* verteidigt die Konzentration auf ein Land, räumt aber ein, dass sie mit ihrem Engagement auch in der Kritik stehen. Menschen, die sich in anderen Ländern engagieren, sagen: „Bei der Landesregierung brauchen wir gar nicht nachzufragen, da bekommen wir keinen Cent, weil alles nach Ruanda fließt“. Das sei sicherlich begründete Kritik. Er weist jedoch auf die Vorteile der Konzentration hin. Durch den Verein und durch das Koordinationsbüro in Kigali wird Gewähr geboten, dass die Projekte nachhaltig durchgeführt werden.



*Sabine Drees* fragt nach, ob nordrhein-westfälische Städte, die Partnerschaften außerhalb Ghanas haben, jetzt befürchten müssen, umgelenkt zu werden. Darauf antwortet *Boppel*, dass da keine Gefahr bestünde. Die Kommunen sind autonom und bestimmen selber, welche Partnerschaften sie machen. Das Land ist nur Rahmengerber und Unterstützer, und das Primat der kommunalen Selbstverwaltung gehe natürlich vor. Es gibt eine Vielfalt in der zivilgesellschaftlichen Bewegung, und das Land Nordrhein-Westfalen hat versucht, einen Mittelweg zu finden. Das Kabinett hat vor drei Jahren beschlossen, die Entwicklungszusammenarbeit auf Subsahara-Afrika zu konzentrieren. Aber andere Aktivitäten werden auch unterstützt. Es gibt ein Auslandsprogramm, das für Kommunen noch nicht offen ist, aber für Nichtregierungsorganisationen. Wer immer in einem afrikanischen Partnerland ein Projekt mit einer Nichtregierungsorganisation durchführen will, hat eine Chance. Im Inland wird durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung die Bildungsarbeit mit etwa 1,2 Millionen Euro gefördert.

„Ich respektiere diese Vielfalt sehr, denn davon lebt unsere Eine-Welt-Bewegung. Und jemanden, der seit 30 Jahren Nicaragua-Partnerschaften macht, kann kein Mensch auf der Welt umpolen auf Afrika“, erläutert *Boppel*.

Auf die Frage von *Frau Drees* nach den Möglichkeiten einer kommunalen Verwaltung im Vergleich zur Zivilgesellschaft erklärt *Gerhard Lauth*, dass er keine Trennlinie zwischen kommunalem und zivilgesellschaftlichem Engagement sieht. Es gibt unterschiedliche Ansätze, aber ein gemeinsames Ziel. „Ich denke, es ist wichtig, dass dies vor Ort ankommt, dass jeder Akteur das leistet, wozu er imstande ist“. Die Kommune hat natürlich größere

institutionelle Voraussetzungen und materielle Möglichkeiten. Sie kann die Klammer bilden, den organisatorischen Rahmen, dafür, dass bürgerschaftliches Engagement auf beiden Seiten entstehen kann. Hinzu kommt das Gefühl des Stolzes, wenn eine deutsche



Delegation kommt, um eine offizielle Partnerschaft einzugehen. „Das ist ein Wert an sich, das hebt das Selbstbewusstsein“, so *Lauth*. Wichtig ist ihm das Signal, das durch die Gründung einer Partnerschaft ausgeht: „Es muss ganz klar werden, dass das eine alleinige Entscheidung der jeweiligen Kommune und der jeweiligen Bürger ist.“

*Uwe Mayer* stimmt Herrn *Lauth* darin zu, dass die Kommune den Rahmen schaffen muss. Sie muss unterstützen, wo sie unterstützen kann, und zwar nicht nur finanziell, sondern auch beratend, administrativ oder durch die Bereitstellung von Experten.

*Hans-Christoph Boppel* macht einen Unterschied zwischen der Rolle der Kommune als Verwaltung und Politik und der der Zivilgesellschaft. Natürlich gehören sie zusammen und können sich gegenseitig stützen, manchmal sind zivilgesellschaftliche Strukturen aber langlebiger als die einer Stadt. Die Kommune als Verwaltung kann hingegen auch Partner ansprechen,

die die Zivilgesellschaft nicht so leicht erreicht, beispielsweise die Hochschulen und die Wirtschaft. Die Zivilgesellschaft ist trotzdem unerlässlich, weil sie eine gewisse Kontinuität schafft, weil sie die Begegnung der Menschen ermöglicht. Beide – Zivilgesellschaft und Kommune als Verwaltung – haben ähnliche, aber nicht identische Aufgaben. Es wird umso effektiver, je besser sie das kombinieren. *Boppel* erläutert das in der Diskussion befindliche Programm des Bundes und der Länder zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Es impliziert nicht nur die Inlandsarbeit, sondern auch die notwendige,

oft etwas abgewertete Reisetätigkeit. Verhandelt wird noch über die Frage, ob auch Projekte im Kontext der Partnerschaft im Ausland gefördert werden können. In Nordrhein-Westfalen wird nach dem Regierungswechsel jetzt ein eigenes Programm vorbereitet.



*Jürgen Oswald* kommentiert die Frage der Finanzierung von kommunalen Partnerschaften. Es ist offensichtlich, dass die finanziellen Ressourcen bei Bund, Ländern und Kommunen knapp geworden sind. Entscheidend ist aber viel eher im Blick zu haben, was die Länder des Südens wirklich für ihre wirtschaftliche Entwicklung brauchen. „Mir ist sehr wichtig, dass uns die Partner, ob es die Regierung auf nationaler, Provinz- oder Kommunalebene ist, sehr deutlich machen, wo ihre konkreten Projektansätze sind, in die wir im übrigen auch unsere Wirtschaft mit einbringen können“, sagt *Oswald* und nennt als Beispiel das Engagement der Firma Schwenk Zement in Namibia. An Herrn *Boppel* gerichtet sagt er, dass die Kommunen

nicht alleine gelassen werden, zumindest in Baden-Württemberg. Sie werden über die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit beraten und in ihren Initiativen unterstützt.



Herr Weingärtner bestätigt, dass verbrieft Partnerschaften zwischen Ländern und Städten notwendig seien als politische Rahmenbedingungen. „Aber was wir brauchen, sind Menschen mit Herzblut, die die Partnerschaft leben. Von einem Vertrag lebt keine Partnerschaft“, so Weingärtner. Er führt einige Beispiele an: In Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Stuttgart wird eine Berufsschule in Thailand betreut. Die besten drei der Abschlussklasse haben die Gelegenheit bekommen, nach Baden-Württemberg zu kommen, um ein dreimonatiges Praktikum und einen Deutschkurs am Goethe-Institut zu absolvieren. Das Krankenhaus in Sindelfingen hat eine Partnerschaft mit einem Krankenhaus in Uganda. Drei Krankenschwestern wurden nach Sindelfingen eingeladen, um eine Fortbildung zu machen. „Da fließen keine Millionen, da fließen ein paar tausend Euro. Und damit kann man ganz viel erreichen. Es sind Multiplikatoren, die Impulse mitbringen in ihre Länder und ihre Region“, resümiert

Weingärtner.

Die Abschlussbotschaft von Jürgen Oswald ist, dass Projekte letztlich zum Erfolg führen müssen. Das erfordert sehr verlässliche Partner, mit denen man viele Jahre zusammenwirken kann, und auch auf Seiten des Südens ein gelebtes Interesse für die Wirtschaft.

Uwe Mayer beschreibt, wie seine Reisen nach Ruanda und die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort seine Sichtweise auf viele Dinge verändert hat. Seine Botschaft ist, dass Partnerschaften auf dieser Basis nötig sind, damit die Menschen sich untereinander austauschen.

Hans-Christian Boppel lenkt den Blick zum Schluss auf eine neue Entwicklung in Deutschland, nämlich die Entstehung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), in der DED, InWEnt und GTZ zusammengefasst werden. Als Ausgründung daraus wird es in Bonn eine neue Servicestelle für kommunales und bürgerschaftliches Engagement geben. „Da werden die Karten neu gemischt, da müssen sich die Kommunen aktiv einbringen, ihren Platz finden, und es als Chance begreifen, ihr Engagement noch besser in die bundesweite Debatte einzubringen“.



Gerhard Lauth resümiert, dass die Tage dieser Konferenz gezeigt haben, dass kommunale Partnerschaften ein ganz wesentlicher Baustein der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind. Das sollte Grund sein für den Bund, auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Der Städtetag und die Servicestelle können einen wesentlichen Beitrag leisten, die deutschen Kommunen zu ermuntern, mehr deutsch-afrikanische Partnerschaften einzugehen.



*„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Konferenz ein wirklicher Mehrwert war. Partnerschaft darf keine Einbahnstraße sein. Wir können gemeinsam einen unglaublichen Reichtum aus einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe erfahren. Ich habe aus der Konferenz dafür sehr viel Wichtiges mitgenommen.“*

Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

## 8. Abschlussrede: Künftige Herausforderungen für die deutsch-afrikanischen Partnerschaften, Christine Nkulikiyinka, Botschafterin der Republik Ruanda



Ich möchte mich erst einmal für die Einladung bedanken, ganz besonders bei Uwe Mayer. Sie haben gehört, dass er gesagt hat „unsere Botschafterin“ - ich bin keine Botschafterin von Deutschland. Aber das zeigt, wie tief die Partnerschaft und Freundschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ist!

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein. Ganz besonders freue ich mich zu sehen, dass viele Afrikaner hier sind. Ich habe oft kritisiert, dass man über Afrika spricht, aber nicht mit Afrika. Insofern finde ich es sehr wichtig, dass heute viele Afrikaner teilnehmen und so den Beitrag der Diaspora bekräftigen. Es wurde bereits erwähnt, dass die Diaspora mit einbezogen werden soll, was ich natürlich sehr wichtig finde, denn als Brückenbauerin und aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wertvoll die Erfahrungen sind, die man hier und im Heimatland in Afrika macht, und die man dann miteinander verbindet. Das ist sehr wichtig für die Kommunikation zwischen den Kulturen.

Das Thema meines Vortrages heute lautet „Künftige Herausforderungen für die deutsch-afrikanischen Partnerschaften“. Somit habe ich die ehrenvolle Aufgabe, einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die erste Frage in diesem Zusammenhang lautet, vor welchen zentralen Herausforderungen die afrikanischen Länder stehen. Es ist klar, dass jedes afrikanische Land seine eigenen nationalen Herausforderungen hat und vor allem auch eigene Prioritäten setzt. Insofern kann ich hier nicht behaupten, für alle 52 afrikanischen Länder zu sprechen. Man kann zum Beispiel nicht ein Land wie Namibia, von der Fläche her sehr groß und wenig bevölkert und rohstoffreich, mit Ruanda, einem kleinen, überbevölkerten Land ohne Rohstoffe und mit einer sehr belasteten jungen Geschichte, vergleichen. Aber als Botschafterin von Ruanda werde ich selbstverständlich über Ruanda berichten und über Erfahrungen, die wir als Land in den letzten Jahren gemacht haben. Herr Mayer hat es schon erwähnt: Ich habe die Partnerschaft zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz seit 1986 begleitet. Insofern können Sie sich vorstellen, dass ich den ganzen Nachmittag darüber berichten könnte. Deswegen werde ich versuchen, mich kurz zu fassen und dann Ihnen die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen.

Allgemein gesehen müssen afrikanische Staaten sich mit den Herausforderungen der Globalisierung auseinandersetzen. Das besondere dabei ist, dass wir diesen Herausforderungen aus einer extrem schwierigen Ausgangssituation begegnen: Probleme wie Sicherheit und Stabilität, mangelnde Good Governance, Armut, ein hohes demographisches Auf-

kommen in manchen Ländern, niedriges Bildungsniveau, ein schwaches oder schlecht funktionierendes Gesundheitswesen, mangelnde oder unangemessene Infrastruktur, diverse Strukturprobleme in der Wirtschaft usw. Zu den Herausforderungen vieler afrikanischer Staaten gehört heute schon das schnelle Wachstum der Städte bzw. die Urbanisierung einer großen Zahl von ländlichen Ortschaften, verbunden mit dem Exodus der ländlichen, vor allem jungen Bevölkerung in die Städte. Die größten Probleme bestehen dann in der entsprechenden Entwicklung der Infrastruktur, Straßenbau, Strom- und Trinkwasserversorgung sowie die Frage der angemessenen Behausung und die damit verbundene Entstehung von Slums. Auf der anderen Seite soll den Menschen, die nicht mehr von der Landwirtschaft leben können, eine Einkommensmöglichkeit geboten werden. Zusätzliche Herausforderungen, die insbesondere Ruanda und unsere Partnerschaft mit Rheinland-Pfalz betreffen, hängen mit der in Ruanda in den letzten Jahren durchgeführten Verwaltungsreform zusammen. Für die Verantwortlichen in Ruanda kam und kommt es darauf an, größere Verwaltungseinheiten zu leiten. Auf der einen Seite müssen sie lernen, mit der Autonomie der Distrikte bzw. Sektoren umzugehen. Auf der anderen Seite müssen sie lernen, mit den neueingeführten Gemeinderäten, die nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern auch ein Mitentscheidungsrecht haben, zusammenzuarbeiten. Diese Problematik wurde vorhin bereits erwähnt im Zusammenhang mit der Dezentralisierung in Tansania. Für die Partner in Rheinland-Pfalz war es natürlich auch eine Umstellung, weil sie auf einmal neue Partner bekommen haben, neue größere Einheiten, was natürlich auch eine gewisse Anpassungsfähigkeit und Flexibilität erfordert.

Die Lösung zur Bewältigung der vielen strukturellen Herausforderungen bedürfen natürlich voluminöser Finanzmittel, die kaum im Rahmen einer kommunalen Partnerschaft aufzubringen sind. Aber nichtsdestotrotz darf man nicht aufgeben, denn es bestehen andere Austauschmöglichkeiten in der kommunalen Partnerschaft, die über die rein finanzielle Dimension hinausgehen. Herr Mayer hat auf dem Podium bereits erwähnt, dass die Erfahrungen zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz den Mehrwert der Partnerschaft bestätigen. Die Graswurzel-Partnerschaft, wie sie zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz besteht, hat sich bewährt. Das Leitmotiv „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird praktiziert und gelebt. Das besondere und starke an unserer Partnerschaft sind an erster Stelle die persönlichen Begegnungen. Es gibt nicht nur Reisen von Rheinland-Pfälzern nach Ruanda, sondern auch von Ruändern nach Rheinland-Pfalz. Und das ist immer eine Bereicherung auf beiden Seiten. Die Nähe zu den Bürgern und deren direkte Beteiligung, die gerade durch diesen dezentralen Ansatz erreicht wird, leisten einen nicht zu unterschätzenden Mehrwert im Vergleich zu den klassischen Formen der Entwicklungszusammenarbeit.

*Meine Damen und Herren, welchen Mehrwert bieten die kommunalen Partnerschaften?* Die Partnerschaft zwischen zwei Kommunen auf der Verwaltungsebene wurde schon erwähnt. Diese wird dann durch weitere Partnerschaften in der Zivilgesellschaft zwischen Schulen, Kirchengemeinden, Vereinen etc. ergänzt. In Rheinland-Pfalz reichen diese Partnerschaften von Kindergärten bis zu Hochschulen. Die Vorteile sind, dass das Bewusstsein der Menschen auf beiden Seiten für die Kooperation gestärkt wird, vor allem für die Tatsache, dass wir alle die Bürger einer Welt sind, ob in Ruanda oder Rheinland-Pfalz, und dass, direkt oder indirekt, das Handeln des Einen eine Konsequenz für den Anderen hat. Über die klassische Bildung hinaus lernt man mehr über das jeweils andere Land und den Kontinent. Es gibt einen direkten Know-how-Transfer und Erfahrungsaustausch auf dem kürzesten Weg; die gesamte Kommunikation findet auf dem kürzesten Weg statt. Die persönlichen Begegnungen ermöglichen die Entstehung von Freundschaften, die über Jahre hinweg halten und stark bereichern. Ich kann persönlich sagen, dass ich hier im Raum Freunde habe, die ich über Jahrzehnte kenne. Herrn Weimar habe ich 1988 das erste Mal in Ruanda begleitet. Und seitdem sind wir in Kontakt. Es entstehen Beziehungen, die sehr wertvoll sind. Die Begegnung der Partner auf gleicher Augenhöhe wird

durch das bessere gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen stark gefördert. Der sportliche und kulturelle Austausch trägt dazu bei, dass man einen Teil der Bevölkerung erreicht, der sonst mit der Thematik wenig zu tun hat. Es gibt also die Möglichkeit, auf beiden Seiten sehr viele Menschen zu erreichen.

In unserer Partnerschaft wird ein Großteil der Prinzipien der Pariser Erklärung praktiziert: Eigenverantwortung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht. Ganz besonders hervorzuheben sind die sehr niedrigen Verwaltungskosten, dadurch bedingt, dass es sehr wenige Zwischenstationen oder -institutionen gibt. Es findet eine sehr starke Identifizierung der ruandischen Bevölkerung mit Projekten statt, die mit Rheinland-Pfalz durchgeführt werden. Das haben wir auch während des Genozids festgestellt: Während viele andere Schulen geplündert und zerstört wurden, blieben die Projekte der Partnerschaft weitgehend unberührt. Die Menschen selbst haben diese Projekte geschützt, weil sie eine ganz besondere persönliche Beziehung dazu haben. Sie haben selber, das ist auch eine Besonderheit, einen Beitrag geleistet – egal, wie klein er ist. Jede Gemeinde, jede Schule leistet einen Beitrag zu dem Projekt, und wenn es nur das Formen der Ziegel ist. So entsteht eine starke Identifikation mit den Projekten, was natürlich so in der klassischen Entwicklungszusammenarbeit nicht der Fall ist.



Durch die erwähnte Vergrößerung der Verwaltungseinheiten in Ruanda muss allerdings mehr Harmonisierung zwischen den Partnern innerhalb der Gemeinde in Ruanda und in Rheinland-Pfalz stattfinden. Dass dies nicht ohne Reibungen geschieht, liegt auf der Hand, aber das ist zu bewältigen. Ein sehr begrüßenswerter Einsatz ist die Harmonisierung bzw. Kohärenz auf Landesebene in Rheinland-Pfalz. Hier kann ich als Beispiel den Bereich Bildung nennen. Rheinland-Pfalz appelliert an seine Partner, die ihrerseits Partnerschaften in Ruanda haben, eine eingeführte Maßnahme im Rahmen der neunjährigen Grundbildung zum Bau von Klassenräumen zu unterstützen. In Ruanda dauerte die Grund- und Pflichtschule nur sechs Jahre, bis sie vor zwei Jahren auf neun Jahre erhöht wurde, so dass plötzlich mehr Klassenräume an den Schulen gebraucht wurden. Insofern ist es sehr begrüßenswert, dass in Rheinland-Pfalz dazu aufgefordert wird, dass alle Partner sich für dieses eine Projekt engagieren. Ein anderes Beispiel ist „One tree per child“: In Ruanda versuchen wir, das Bewusstsein der Kinder für die Umwelt recht früh zu wecken. Es gibt ein neues Projekt, in dem an allen Schulen ein Kind einen Baum pflanzt. Die Partnerschulen hier werden von der Landesregierung bzw. vom Partnerschaftsverein aufgefordert, auch dieses Projekt zu unterstützen. Dadurch entsteht dann eine gewisse Harmonisierung. Das kann erreicht werden durch diese kommunale, durch diese dezentrale Partnerschaft.

*Meine Damen und Herren, wie sieht denn die Zukunft aus? Ich kann sagen, dass wir uns*

eine stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft wünschen, aber auch der Wissenschaft, z.B. im Rahmen der Forschung. Ich war neulich bei einer Veranstaltung, an der auch jemand vom Auswärtigen Amt teilgenommen hat. Sie haben über den Wissenschaftsaustausch mit Amerika, mit Osteuropa, mit allen Kontinenten gesprochen – und Afrika war nicht dabei. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir auch Möglichkeiten haben, aber das wir leider oft vergessen werden, und dass man da stärker ansetzen soll, um Afrika nicht nur als Kontinent der Probleme zu sehen, sondern auch als Kontinent, mit dem man zusammenarbeiten kann. In diesem Zusammenhang kommen wir zum Thema Wirtschaft. Herr Oswald erwähnte es auch bereits. Wir wünschen uns, dass durch die bestehenden partnerschaftlichen Rahmenbedingungen Firmen Handelsbeziehungen oder sogar Investitionen in den Partnerländer durchführen. Man sollte die bestehenden Partnerschaften als Grundlage nutzen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Denn solche Projekte und Investitionen und alle Einkommen schaffenden Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gemeinden und Länder.

Die Landschaft der Entwicklungszusammenarbeit hat sich durch die Beteiligung von Schwellenländern wie Brasilien, Indien oder China in den letzten Jahren geändert. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass für diese Länder die wirtschaftliche Komponente an erster Stelle steht. Die auf traditionellen Konditionen basierte Entwicklungszusammenarbeit verliert immer mehr an Bedeutung. Immer mehr afrikanische Staaten ziehen die unkomplizierteren Kredite Chinas denen der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds vor. Gleichzeitig übernehmen chinesische Unternehmen die großen Projekte im Bereich Infrastrukturaufbau, Rohstoffabbau oder Rohstoffnutzung. Der Mehrwert, den ich darin sehe, ist eine Art Wettbewerbsflair, das entstanden ist und den armen Ländern die Möglichkeit gibt, selbstständig zu entscheiden, welche Prioritäten sie setzen und was sie für sich für wichtig halten. In Deutschland laufen schon lange Diskussionen über die Wirksamkeit der bisherigen Form der Entwicklungszusammenarbeit, die durch das Mitwirken der neuen Länder wieder aktueller und dringender geworden ist. Auf der anderen Seite ist es nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise und der finanziellen Situation vieler Geberstaaten mehr denn je notwendig, die Effizienz und Nachhaltigkeit der Hilfe in den Vordergrund zu stellen. Diese neuen Akteure sollen allerdings nicht als Rivalen gesehen werden, sondern vielmehr als eine willkommene Ergänzung. In diesem Zusammenhang würde ich z.B. trianguläre Partnerschaften ermutigen, um einen gewissen Synergieeffekt zu erreichen. Ich weiß, dass einige Gemeinden z.B. in Rheinland-Pfalz auch eine Partnerschaft mit China haben. Da könnte man überlegen, ob es nicht möglich wäre, trianguläre Partnerschaften einzugehen.

*Meine Damen und Herren,* Sie haben ja schon seit vorgestern diskutiert und festgestellt, dass das Thema vielfältig und vor allem nicht so einfach ist. Aber das wichtigste ist, dass wir uns darin einig sind, dass kommunale Partnerschaften nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil gefördert werden sollen. Denn diese Form der Zusammenarbeit stellt eine wichtige Ergänzung zu der Kooperation auf nationaler Ebene dar. Unsere Partnerschaft mit Rheinland-Pfalz ist ein gutes Beispiel dafür, dass Beziehungen, die auf Landesebene aufgenommen wurden, mit großem Erfolg auf die kommunale Ebene weitergegeben werden können. Es gab eine Diskussion über die Konzentration der Zusammenarbeit. Sie müssen verstehen: Als Botschafterin von Ruanda freue ich mich über die Konzentration auf mein Land. Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda wird oft als Beispiel genannt, ich denke gerade auch wegen dieser Konzentration. Ich sage nicht, dass man nicht auch anderen Ländern helfen und mit anderen Ländern zusammenarbeiten kann, aber diese Konzentration erzielt eine sehr große Wirkung, wie man an unserer Partnerschaft sehen kann. Was ich auf der anderen Seite stark befürworte sind Erfahrungsaustausch und Netzbildung. Nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch auf der internationalen Ebene. Deswegen begrüße ich die Organisation dieser ersten bundesweiten Konfe-

---

renz sehr. Ein weiterer Wunsch und eine Herausforderung für die Zukunft geht an die jungen Menschen. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch einige junge Menschen an dieser Konferenz teilnehmen. Es ist nicht einfach, junge Menschen für solche Projekte zu gewinnen, aber ich denke auch, dass wir etwas tun müssen, um sie zu motivieren. Ich denke oft an Kinder, die ich kannte, als ich nach Deutschland kam. Ihre Eltern haben jedes Jahr auf dem Weihnachtsmarkt Kuchen oder Waffeln für Ruanda verkauft. Wenn die Kinder heute 28 und älter sind und das immer noch das ist, was gemacht wird, ist verständlich, dass sie keine Lust haben, damit weiterzumachen. Das heißt, dass irgendwo etwas schief gelaufen ist und wir uns Gedanken machen müssen. Ich denke, wenn wir die Wirtschaft einbringen, und die jungen Menschen sagen: „OK, es hat sich etwas getan, wir müssen jetzt nicht mehr nur Kuchen verkaufen, sondern können auch Geschäfte in Ruanda machen oder dort forschen“, dann werden wir sie besser erreichen.

*Meine Damen und Herren*, die dezentralisierte Partnerschaftskooperation, und damit will ich zum Schluss kommen, hat auch sehr interessante Wirkungen und eine sehr große Bedeutung. In Ruanda wird man oft gefragt: „Liegt Deutschland in Rheinland-Pfalz?“

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**





Zum Abschluss der Konferenz begeisterte das Berliner Improvisationstheater „frei.wild“ mit seiner ganz eigenen Interpretation der Konferenzergebnisse und der behandelten Themen.



Dazu hatten sich die Schauspieler und Schauspielerinnen bereits einen Tag zuvor inkognito unter die Teilnehmer gemischt und gelauscht.

Bei der Darbietung blieb dann kein Auge trocken.

**Anhang****Teilnehmerliste Ludwigsburg 18. – 20.11.2010**

<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Institution</b>
Abel	Rosa	Stadt Herzogenaurach
Ahouantchessou	Nongnisse	Togoische Union des gegenseitigen Beistands e.V., Kiel
Assogba	Pauline	Direktorin für Städtepartnerschaften und Zweckverbände, Cotonou, Benin
Atta Salifou	Amidou	Bürgermeister Bassila, Benin
Bader	Birgit	Stadt Reutlingen
Bahlow	Jörg	GITTA mbH
Bakayoko	Sinali	Botschaftsrat, Ambassade de la République Côte d'Ivoire
Barsch	Evelyn	Deutsch-Tunesische Gesellschaft e.V., Dresden
Batti	Jameleddine	Oberbürgermeister Menzel Bourguiba, Tunesien
Bengaly	Jean	Botschaftsrat Burkina Faso
Blum	Christopher	Stadt Tübingen
Blüm	Wolfgang	Partnerschaftsverein Lahnstein-Vence-Ouahigouya e.V.
Blümel	Silke	Förderkreis Burkina Faso e.V.
Böckle	Werner	Deutsch- Tunesische Gesellschaft e.V., Herrenberg
Dr. Bögemann-Hagedorn	Christiane	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dr. Böhm	Wolf	Stadt Speyer
Boppel	Hans-Christoph	Staatskanzlei NRW
Borchert	Angelika	Gemeinde Groß- Umstadt
Bottin	Katja	SKEW
Buchmann	Kathrin	Freundeskreis Burkina Faso e.V.
Burkart	Hubert	Landratsamt Ludwigsburg
Burre	Katja	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
Capo- Chichi	Narcisse	AFWO.e.V.
Casabona	Daniela	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
Ceki	Ladislav	Eine-Welt-Forum e.V., Düsseldorf
Coulibaly	Adama	Städtepartnerschaftsverein Reutlingen-Bouaké e.V.
Dornbusch	Adalbert	Stadt Lahnstein
Drees	Sabine	Deutscher Städtetag
Durst	Anna	InWEnt gGmbH

Ehmann	Thorsten	Dreieckspartnerschaft Mühlheim-Saint Priest-Nouna
Dr. Faust	Manfred	Stadtarchiv/Partnerschaftsverein Hürth
Ferchich	Mehdi	Botschaftsrat der tunesischen Botschaft
Flügge	Jürgen	Gemeinde Grasellenbach
Göhring	Simone	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Goujard	Emmanuel	Firma Braun, Melsungen
Grätz	Wolfgang	Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
Griese	Ralph	forum für internationale entwicklung + planung
Gross	Sabine	Städtepartnerschaftsverein Reutlingen-Bouaké e.V.
Gueye	Saliou	Stadt Ludwigsburg
Hachenberg	Silke	TU Cannstadt, Stuttgart
Hall	Hanne	Innenministerium Rheinland-Pfalz
Hategekimama	Mathias	Gesellschaft für Gemeinwesenarbeit e.V.
Hauschild	Hans-Peter	Dreieckspartnerschaft Uelzen-Tikaré-Rouen
Hausecker	Pamina	SKEW
Hearten	Barbara	Partnerschaft Bonn – Cape Coast e.V.
Hechenberger	Renate	Landeshauptstadt München
Heilemann	Natalie	Stadt Stuttgart
Henrich	Rudolf	Partnerschaftsverein Eldoret-Huizen-Bad Vilbel e.V.
Hoffmann	Klaus-Peter	Verein FOCUS e.V., Viernheim
Ichikawa	Jennifer	SKEW
Janke	Linde	Oikocredit Förderkreis Baden-Württemberg
Jenke	Reinhard	Bengo, Bonn
Joly	François	Universität Stuttgart
Jungbauer	Andreas	Würzburger Mainpost
Junker	Isabella	Gemeinde Großalmerode
Kelensi	Messan Komlan	Togoische Union d. gegens. Beistands e.V., Krons- hagen
Kiki	Joe	Musiker
Kipping	Peter	Freundschaftsgesellschaft Burkina-Faso-Réo e.V.
Kleinbub	Nora	Solidarität Ettlingen – Fada N´Gourma e.V.
Kohlmeyer	Hella	Partnerschaftsverein Aukrug – Sieg e.V.
Kreher	Alexander	Landeshauptstadt Stuttgart
Kreutzberger	Stefan	SKEW / Journalist, Köln
Kuntz	Norbert	Agenda-21-Partnerschaft Aachen-Kapstadt
Küßner	Katharina	Förderkreis Burkina Faso e.V.
Lauth	Gerhard	Centrum internationale Migration und Entwicklung (CIM)
Leuschner	Claudia	SKEW
Lüdenbach	Hans Willi	Förderverein Burkina Faso e.V.

Maier	Kurt	Förderkreis Burkina Faso e.V.
Mayer	Uwe	Verein Partnerschaft Ruanda-Rheinland-Pfalz e.V.
Mende	Claudia	Zeitschrift welt-sichten
Meyer	Jasper	Landeshauptstadt Stuttgart
Mösch	Thomas	Deutsche Welle World, Bonn
Nansounon	Chabi Kinissi	Regionalkoordinator PDDC, Benin
Nkulikiyinka	Christine	Botschafterin der Republik Ruanda
Ohlerth	Werner	Partnerschaft Piéla-Bad Münstereifel e.V.
Oswald	Jürgen	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Pohl	Helmut	Garango Ladenburg e.V.
Pust	Carola	GITTA bmH
Rahm	Gerlinde	Freundschaftsverein Ruhango-Kigoma e.V.
Rahm	Helmut	Berufsförderer- und Ausbildungsverein Ruhango e. V.
Rast	Manuel	Förderverein Afrika e.V.
Reddy	Anita	SKEW
Reuter	Klaus	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Richter	Manuela	Stadt München
Rickmann	Hubert	Verein Solidarität Ettlingen Fada N´Gourma e.V.
Saalbach	Astrid	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
Salaja	Olanrewaju Daniel	SID München
Savadogo	Teeg Wende Barthélemy	Association Zood Nooma, Kongussi, Burkina Faso
Sawadogo	Oscar Guessom	Präsident der Association Zood Nooma, Kongussi, Burkina Faso
Schäfer	Elena	Verein Sulzbach hilft Benin e.V.
Dr. Schlaga	Rüdiger	Landeszentrale für politische Bildung, Mainz
Schmettow	Petra	forum für internationale entwicklung + planung
Schmidt	Wolfgang	Förderverein für berufliche Bildung in Burkina Faso e.V.
Schmitz	Dominik	SKEW/Fotograf
Scholz	Anita	Partnerschaft Herzogenaurach – Kaja e.V.
Schulz	Ute	Interkultur, Stuttgart
Seiberlich	Tobias	InWEnt gGmbH, Mannheim
Seigfried	Konrad	Bürgermeister Stadt Ludwigsburg
Siekmann	Gertrud	Arbeitskreis Eine Welt e.V.
Spec	Werner	Oberbürgermeister Stadt Ludwigsburg
Spiekermann	Meinolf	GTZ
Stang	Gisela	Bürgermeisterin Hofheim am Taunus
Stephan	Frédéric	Stadt Stuttgart

---

Sticher	Christiane	Stadt Dortmund
Stolz	Michael	M.W.A.N.Z.A. e.V.
Straub	Jakob	forum für internationale entwicklung + planung
Süß	Christine	Stadt Ludwigsburg
Dr. Tall	Amina	Fonds Darstellende Künste e.V., Berlin
Tall	Youhanizou	Haus Afrika e.V.
Thielen	Ellen	Freundschaftsgesellschaft Burkina Faso/Reo e.V.
Thompson	Anthony	Partnerschaftsverein Bonn – Cape Coast e.V.
Dr. Ulshöfer	Ottfried	Förderkreis Burkina Faso e.V.
Ulshöfer	Christl	Förderkreis Burkina Faso e.V.
Valentin	Anke	Wissenschaftsladen Bonn
v. Engelbrechten-Ilow	Gesa	GTZ
v. Stackelberg	Hubertus	Stadt Ludwigsburg
Weimar	Helmut	Verein Partnerschaft Ruanda-Rheinland-Pfalz e.V.
Weingärtner	Klaus	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
Wilhelmy	Stefan	SKEW
Wüstner	Doris	Stadt Herzogenaurach
Zerria	Ezzedine	Deutsch Tunesische Gesellschaft e.V., Gelsenkirchen
Zimmermann	Günter	Siedlungsgrundschule Birkenweg, Speyer

---

STADT- & ZEITUNG LUDWIGSBURG

# Afrika zu Gast in Ludwigsburg

**Erstausgabe** Das Engagement der Stadt in diesem Jahr ist so groß, dass sie nun drei Tage lang in einem internationalen Partnerschafts-Zentrum wird. Von Ulrike Meyer

Die Stadt Ludwigsburg hat die Stadt der Zukunft zu Gast. In der ersten Ausgabe der Partnerschafts-Zentrum wird die Stadt Ludwigsburg vorgestellt. Die Stadt Ludwigsburg hat die Stadt der Zukunft zu Gast. In der ersten Ausgabe der Partnerschafts-Zentrum wird die Stadt Ludwigsburg vorgestellt.





Die Stadt Ludwigsburg hat die Stadt der Zukunft zu Gast. In der ersten Ausgabe der Partnerschafts-Zentrum wird die Stadt Ludwigsburg vorgestellt. Die Stadt Ludwigsburg hat die Stadt der Zukunft zu Gast. In der ersten Ausgabe der Partnerschafts-Zentrum wird die Stadt Ludwigsburg vorgestellt.

# Konferenz zu Afrika in Ludwigsburg

*Afrikanische und deutsche Vertreter wollen Partnerschaft stärken*

Wirtschaft und Migration sind Fragen, mit denen sich die erste internationale Konferenz „Partnerschaft mit Afrika“ beschäftigt. Die Veranstaltung findet in Ludwigsburg statt.

Die Konferenz wird am 12. und 13. September in Ludwigsburg stattfinden. Sie wird von der Stadt Ludwigsburg und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert.

## Lokale Selbstverwaltung ist auf dem Weg

Ludwigsburg ist am 12. und 13. September die Gastgeberin einer internationalen Konferenz zu Afrika. Die Konferenz wird von der Stadt Ludwigsburg und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert.

## Lahnstein-Vence-Ouahigouya

Die Bundeskonferenz in Ludwigsburg für Afrikapartnerschaften wird am 12. und 13. September stattfinden. Sie wird von der Stadt Ludwigsburg und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert.

# Publikationen

*Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) vor.*

## **Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:**

- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
- Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.
- Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
- Heft 22.: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 23.: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 24.: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Heft 25.: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
-

**Material-Reihe der Servicestelle:**

- Heft 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2009.
- Heft 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Heft 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Heft 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Heft 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Heft 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008. [vergriffen]
- Heft 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Heft 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Heft 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Heft 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Heft 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
- Heft 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Heft 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Heft 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010
- Heft 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
- Heft 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010.
- Heft 42.: 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010.
- Heft 43.: Pressespiegel 2010. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2010.
- Heft 44.: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011.
- Heft 45.: Erste bundesweite Konferenz "Kommunale Partnerschaften mit Afrika" in Ludwigsburg 2010 – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.

**Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle:**

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

**Sonstige Publikationen der Servicestelle:**

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
  - Konzeption der Servicestelle. Bonn 2001. [vergriffen]
  - Unser Profil [Englisch und Deutsch]
  - Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
  - Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
  - CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
  - Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
  - Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
  - Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
  - Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
  - UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
  - Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
  - No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
  - Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.
-

### Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, [info@dwp-rv.de](mailto:info@dwp-rv.de)
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26<sup>th</sup> March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.
- Documentation: Mayors Conference 2008 "Local Action for Biodiversity". Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TransFair e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **\*\*\*Eine-Welt-Nachrichten\*\*\*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage: [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)





Engagement Global gGmbH,  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

### **Eine Welt beginnt vor Ort**

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

### **Wir sind**

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

### **Wir arbeiten**

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

### **Wir bieten**

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de) und Internetportale, beispielsweise [www.buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org),
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen. Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



EINE WELT.  
ONE WORLD.  
UN SEUL MONDE.  
BONN.

 Rat für  
NACHHALTIGE  
Entwicklung

 **Deutscher  
Städtetag**

 **Deutscher  
Städte- und Gemeindebund**

 **DEUTSCHER  
LANDKREISTAG**

 **Rat der Gemeinden und Regionen Europas  
Deutsche Sektion**

**VENRO**  
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK  
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-  
ORGANISATIONEN e.V.

 **dbb  
beamtenbund  
und tarifunion**

 **UNESCO**  
Deutsche  
UNESCO-Kommission e.V.

 **Auswärtiges Amt**

 **Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit**

 **DGB**

**DIÖZESAN  
RAT DER KATHOLIKEN  
IM ERZBISTUM KÖLN**

**d·i·e**   
Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik German Development  
Institute

**agl**

**giz**



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein- Westfalen, Rheinland Pfalz, Saarland und Schleswig- Holstein.

**Unter Mitwirkung:** Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO- Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.